

Der Rote Kämpfer

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Abonnementen unter 100 Stück je 8 Pfennig

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Osthessen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Berugspreis monatlich drei Haushalte 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Sonderabrechnung) / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m.b.H. Dresden-U. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Polizeikontor: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgeellschaft: Güterbahnhofstrasse Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Polizeikontor: Amt Dresden Nr. 17250 / Reichsamt für Arbeitsschäden Dresden - Sprechstunden der Reaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelpreis: Die neuromal gesetzte Monatsausgabe oder deren Raum 0,30 RM., für Familienangelegenheiten 0,20 RM. für die Zeitungswelt an schließend an den dreimaligen Teil einer Zeitschrift 1,25 RM. Einzel-Ausgabe wochentags bis 9 Uhr montags in der Expedition Dresden-U. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Gewalt besteht kein Auftrag auf Lieferung oder aus Auslieferung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 21. Juni 1927

Nummer 142

Eine Lex-Gefpler

Neues Landesverratsgesetz

Im neuen Strafgesetzbuch werden, wie wir schon an Hand einer Anzahl Artikel gezeigt haben, die Bestimmungen über den Hochverrat und Landesverrat geradezu wild verschärft. Anstatt der den Massen vorgegaukelten Reform werden schärfere Strafbestimmungen in das Gesetz hineingearbeitet. Es ist klar, daß die sorglose kapitalistische Gesellschaft, die sich an der Grenze eines neuen imperialistischen Krieges und des Bürgerkrieges befindet, Verstärkungen gegen die Veröffentlichung der kapitalistischen Rüstungen und der Aufrüstung zum Niederschlagen der Arbeiterklasse durchführt. Heute berichtet das Berliner Tageblatt, daß das Reichswehrministerium dem Reichskabinett eine besondere Novelle zum Landesverratsparagraphen unterbreitet habe, nach der Mitteilungen in der Presse oder sonstiger Öffentlichkeit durch die Verstöße gegen das Völkerrecht und die Bestimmungen des Friedensvertrages bestraft werden, bestraft werden sollen, auch dann, wenn die Mitteilungen den Tatsachen nicht entsprechen. Der deutsch-nationale Justizminister Hugel soll sich im Reichskabinett mit aller Entschiedenheit für diese Novelle eingesetzt haben.

Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, soll die Anregung zu diesem Gesetz aus den Kreisen des Stahlhelms kommen. Diese wollen Mitteilungen über die Bildung illegaler Organisationen verhindern. Die Bestrebungen des Reichswehrministeriums, diese Novelle einzubringen, zeigen die noch wie vor bestehenden Verbindungen zwischen der Reichswehr und dem Stahlhelm.

Der Zweck des neuen Gesetzes ist aber nicht so sehr die Verbindung von Mitteilungen über die Aufrüstung der Reichswehr an das Ausland. Steht doch fest, daß man sich in Genf über die Aufrüstung der Reichswehr sehr eingehend unterhalten hat. Die weitere Aufrüstung der Reichswehr ist ja doch eine Angelegenheit des Zugänglichstes für die Beteiligung Deutschlands an der Aktion Englands gegen die Sowjetunion. Der Zweck der Novelle ist vielmehr, zu verhindern, daß die Arbeiter des eigenen Landes etwas über die Aufrüstung erfahren. Die Kriegsfähigkeit des republikanischen Deutschland soll den Arbeitern unbekannt bleiben, damit die Protesten nicht an die Kriegsgefahr glauben und wieder in einen neuen Krieg hineingezölibiert werden können.

Das Einbringen einer solchen Novelle gerade jetzt zeigt aber wohl, daß man eifrig dabei ist, Vorbereitungen für den neuen Krieg zu treffen, die vor den arbeitenden Massen geheim bleiben sollen.

Die Arbeiterschaft kann und muß aus der Einbringung dieser Novelle ersehen, daß starke Kräfte am Werk sind, die zum

Kriege treiben, daß diese Kräfte auch in Deutschland tätig sind. Die Arbeiter dürfen den verirrenden und verschleiernden Tönen der Führer der 2. Internationale keinen Glauben schenken.

Die Lex-Gefpler, dieses Stahlhelmgesetz muss ein Maximal für die gesamte Arbeiterschaft sein, die Abwehrfront gegen den imperialistischen Krieg weiter zu schließen.

Einigkeit im Kabinett

Die Deutschen nationalen marxistischen Opposition gegen Stresemann

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Zu der gestern und dem Vorab des Reichstags stattfindenden Sitzung des Reichskabinetts, in der der Reichsaußenminister Bericht über die Tagung des Völkerbundes und die in Genf geführten Verhandlungen gab, erzielte die "Volks-Zeitung" dank einer reizlosen Übereinstimmung innerhalb der Reichsregierung in der Beurteilung der Genfer Verhandlungen nicht viel erzielt werden können. Schuld daran seien die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der Deutschen Nationalen Partei und den deutsch-nationalen Kabinettmitgliedern entstanden sind. Das Reichskabinett hat gestern über diese Sitzung nur eine ganz kurze Meldung herausgegeben, in der das Reichskabinett der deutschen Delegation den Dank für die Bevölkerungen ausdrückt und davon spricht, daß man im Reichskabinett Grundzüge festgestellt hat, nach denen die eingebrachten Interpellationen über die Außenpolitik beantwortet werden können.

Am Donnerstag wird im Reichstag die außenpolitische Debatte stattfinden. Stresemann wollte zuerst bekanntlich ein Vertrauensvotum verlangen. Da aber die Deutschen Nationalen im Kabinett sich mit Rücksicht auf die Wähler gegen Stresemanns genfer Politik gewendet haben, will der Außenminister auf die Vertrauensfrage verzichten.

Aufrüstungstheater

Ges. 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern wurde in der Dreimächte-Konferenz die Seeadmärschung mit der Verleihung einer Begrüßungsbotschaft eröffnet. Darauf unterbreiteten die Delegationsen der Konferenz die formellen Vorschläge ihrer Regierungen. Die englischen Vorschläge wurden erst nach Beginn der Konferenz bekannt. Sie enthalten außer einem bestimmten umrissten Programm eine Klaue, nach der die englische Regierung die Belohnung der Seeadmärschung nur dann zur Verwirklichung in Erwägung ziehen könne, wenn Frankreich und Italien, die auf der Konferenz nicht offiziell vertreten sind, dem Konferenzabkommen beitreten. Mit dieser Klaue ist bereits das Rüstspiel dieser Konferenz gegeben.

Erhöhung der Beamtengehälter von der wirtschaftlichen Lage abhängig. Genoss Torgler fragt den Minister mit Recht, ob er auch bei Zoll erhöhung oder bei den Ausgaben für Reichswehr den Einwand der wirtschaftlichen Lage gemacht habe. Interessant seien die verschiedenen Nuancen, die die Regierung während dieses Jahres benutzt hätte. Während es vor einiger Zeit, als der Druck der Beamtenorganisationen noch nicht so stark war, die, wenn die wirtschaftliche Lage es gestattet, "um", erklärt die Regierung jetzt in ihrem Bericht vom Sonnabend: „In der Annahme, daß die wirtschaftliche Lage so bleibt, glaubt die Regierung um, um.“ Daraus müßten die Beamtenorganisationen die richtige Lehre ziehen, denn nicht etwas mehr „verprechende Erklärung“ sei nur deshalb nützlich, wenn der Druck der bürgerlichen Beamten sich zweifällig habe. Auch die Demonstration am Gendarmenmarkt in Berlin und das Singen der Internationale von Seiten der Polizeibeamten hätten den Minister bewogen, seine Erklärung jetzt etwas entgegenommen zu formulieren. Auf keinen Fall können die Beamten länger warten. Die Verhundung der Beamten sei ungemein groß und damit rechtfertige sich der Antrag der KPD.

Der Finanzminister Körber erklärte ebenfalls, daß auf jeden Fall im Herbst eine Erhöhung der Beamtengehälter eintreten werde, und zwar rückwärts vom 1. Oktober ab. Er versprach, daß keine Gruppe übergangen werden sollte, aber gerade deshalb (!) könne er dem Antrag der Kommunisten und auch der anderen Parteien nicht stattgeben, denn das bedeute eine Verletzung der Solidarität. Schließlich wurden die Regierung und Regierungsparteien einig, daß man erst die Ländereigentümern hören müsse, zumal die preußische Regierung erklärte, daß sie die jahre Jura ebenfalls machen könne.

Um kommenden Freitag sollen die Vertreter der einzelnen Ländereigentümern geladen werden und der Haupthaushalt mit der Reichsregierung und den Ländereigentümern erneut zu diesen Anträgen Stellung nehmen. Es liegt jetzt an den Beamten, wie das Resultat dieser Beratungen ausspielen wird.

Angriff auf die Volfschule

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Wie der Vorwärts mitteilt, ist der Entwurf des Reichsschulgesetzes im Reichsinnenministerium bereits fertiggestellt und soll in den nächsten Tagen das Reichskabinett beschließen. Nach dem neuen Entwurf sollen alle drei Schularten - Simultan, konfessionelle und weltliche Schule - gleichberechtigt anerkannt werden. Natürlich wird davon gesprochen, daß jedoch Schulart gleiche Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden müssen. Der Entwurf des Reichsschulgesetzes verzerrt jedoch darüber, die Einheiten der Schulverwaltung zu regeln. Wenn davon gesprochen wird, daß allen Schularten die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden müssen, so schlicht das ja doch nur, um die Massen irregulären.

Ein Angriff auf den Kleinhandel

Kampf in der Zigarettenindustrie

Geschichte an die Großkapitalisten

Am 21. Mai dieses Jahres hat das Reichsinnenministerium einen Erlass herausgegeben, der für den Zigarettenhandel einige "Grundzüge" vorschreibt, die angeblich zu dem Zweck geschaffen sind, die Steuerzulden der Zigarettenfabrikanten einzutreiben, in Wirklichkeit aber nichts anderes als einen vernichtenden Schlag gegen die kleinen Geschäftlein darstellen. In dem Erlass erläutert das Finanzministerium, die Zigarettenindustrie habe in Gemeinschaft mit dem Tabakhandel Grundzüge aufgestellt, die eine geordnete Gestaltung des Absatzes gewährleisten sollten. Das Finanzministerium verlangt nun bei Prüfungen der Tabakbetriebe durch die Steuerbehörden, daß darauf gesehen werde, daß die Einhaltung der Grundzüge auch erfolge. Wo das nicht geklappt, sollen die Bandenkosten nicht mehr gestundet, sondern bar bezahlt werden. Die "Grundzüge", die aufgestellt sind, verlangen nun eine Festsetzung der Verdienstspanne des Klein- und Mittelhandels für die Zigarettenindustrie. Die "Grundzüge" bestimmen darüber folgendes:

1. Die Maximallserdienspanne des Handels (Bruttonutzen) darf bei dem Vertrieb von Zigaretten bei Betrieben mit einem noch dem Kleinverkaufspreis ermittelten Umlauf des jeweils abgelaufenen Kalenderhalbjahrs a) bis 1 Million RM nicht mehr beitragen als 27% v. H. des Kleinverkaufspreises, b) von mehr als 1 Millionen, aber nicht mehr als 2 Millionen RM, nicht mehr beitragen als 26 1/4 v. H. des Kleinverkaufspreises, c) von mehr als 2 Millionen RM nicht mehr beitragen als 25 v. H. des Kleinverkaufspreises.

2. Zuwendungen irgendwelcher Art in bar, Waren oder sonstigen Vorteilen dürfen dem Wiederverkäufer oder dem Verbraucher weder versprochen noch mittelbar oder unmittelbar gewährt werden.

3. Bei Zahlung des Rechnungsbeitrages innerhalb von 14 Tagen darf ein Skonto von nicht mehr als 2 v. H. bei Barzahlung oder Nachnahme ein solcher von nicht mehr als 3 v. H. gewährt werden. Als Barzahlung gilt nur eine sofort beim Empfang der Ware geleistete Zahlung.

4. Das Höchstziel beträgt 30 Tage. Die Frist beginnt mit dem fünften Tage nach Abstellung oder Abgabe der Ware zu laufen. Die Annahme von Wechseln mit einer Laufzeit bis zu 30 Tagen über das Ziel hinaus ist dann gestattet, wenn für die Zeit der Zielüberschreitung die üblichen Diskontszenen berechnet werden.

5. Der Reklameaufwand, nach dem Durchschnitt des nach dem Kleinverkaufspreis zu erreichenden Umlaufs eines Kalenderhalbjahrs ermittelt, darf im folgenden Kalenderhalbjahr bei einem Umlauf: a) bis 2 Millionen RM nicht mehr betragen als 3 v. H., für weitere 2 Millionen RM nicht mehr betragen als 2 1/4 v. H., für weitere 5 Millionen RM nicht mehr betragen als 2 v. H., für weitere 5 Millionen RM nicht mehr betragen als 1 1/4 v. H., für weitere 10 Millionen RM nicht mehr betragen als 1 1/2 v. H., für weitere 25 Millionen RM nicht mehr betragen als 1 1/4 v. H. darüber hinaus nicht mehr betragen als 1 v. H.

6. Handlungen, die darauf gerichtet sind, ohne unmittelbare Verleihung der vorstehenden Grundzüge einen ihnen zuwiderlaufenden Erfolg zu erzielen (Umgehungen), gelten als Verletzung der Grundzüge.

Diese Richtlinien sind die Abmachungen der Organisation der Zigarettenindustrie und des Tabakhandels. Ganz lebhaftverständlich ist diese Vereinbarung und die von dem Reichsinnenministerium daraufhin erlassene Verordnung von den

Zigaretten-Großindustriellen gefordert

und von einem willigen Ministerium bewilligt worden. Es kommt den Großkapitalisten darauf an, ihre Marktpreise zu erhalten, gewaltige Gewinne zu schöpfen. Der Kleinhandel hat vielleicht ein anderes Interesse. Er hat nicht viele Mittel und auch keine Kredite zur Verfügung. Sein Bestreben geht nach schnellem Umlauf und mit zwar etwas kleineren Gewinnen, kein Kapital zu akkumulieren. Das hält den kleinen Händlern über Wasser. In vielen Orten gingen die kleinen Händler deswegen dazu über, insbesondere beim Zigarettenverkauf, eine oder mehrere Zigarettenpapiere beim Einkauf zuzugeben, oder aber auch auf Zigaretten Rabatte zu gewähren. Bei den Kaufenden tauchte dabei selbstverständlich der Gedanke auf, daß die Monopole der Zigaretten zu hoch sind. Dem steuerten die Zigarettenmonopole nun dadurch entgegen, daß sie den Händlern, die ihre Zigaretten durch die oben beschriebenen Maßnahmen billiger erzielten, mit der Lieferungspause drohten.

Jetzt haben die Monopole durch die "Grundzüge", die für den Verkauf aufgestellt und durch den Erlass des Reichsinnenministeriums amtlich erhoben wurden, einen Angriff auf den Kleinhandel unternommen, um durch Bekämpfung der Dienstspanne diese zur Einhaltung der Marktpreise zu zwingen. Der ganze Sinn der "Grundzüge" und des Erlasses ist, die Monopole und Gewinne der Kapitalisten zu erhalten.

Um den Zweck der Uebung zu erkennen, muß man die "Grundzüge" und den Erlass nach verschiedenen Seiten befragen.

Wie verhält es sich mit der Zigaretten-Steuer? Die Zigarettenindustrie hat sich in den letzten Jahren auffallend stark monopolisiert. Der Zigarettenumsatz ist

Gewaltiger Wahlerfolg der Kommunisten

Saarbrücken, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Bei den am Sonntag stattgefundenen Wahlen zum Gemeinderat, der im Januar wegen seiner Arbeitermehrheit von der Regierungskommission Saarbrücken aufgelöst wurde, erhielt die Kommunistische Partei 5221 Stimmen gegen 3800 Stimmen bei der vorhergehenden Wahl. Von 28 Sätzen des Gemeinderates erhalten die Kommunisten 19 Sitze, vorher hatten sie 16. Die Sozialdemokraten gingen von 1132 Stimmen auf 710 Stimmen zurück. Sie erhalten nur noch 2 Sitze gegen 5 Sitze im vorherigen Gemeinderat. Die Wahlbeteiligung betrug 95 Prozent. Der Wahl ging eine unerhörte Hebe aller Parteien gegen die Kommunisten voran. Am Sonnabend wurden öffentliche Wahlkundgebungen unserer Partei durch die Polizisten auseinandergetrieben.

Um die Beamtenbefreiung

Die "Beamtenbefreiung" im Haupthaushalt.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages vom 20. Juni stand auf der Tagesordnung der Antrag der Kommunisten, der einen Zulag von 40 Mark für die Beamten der Gruppen 1 bis 4, einen solchen von 35 Mark für die Gruppe 5, 30 Mark für Gruppe 6 und 20 Mark für Gruppe 7 wünschte. Dieser kommunistische Antrag ließ die "Oppositionsparteien" nicht schlafen. Die SPD hatte deshalb auch ihrerseits einen Antrag gestellt, der allerdings nicht einen Zulag für die Beamten, sondern einen Vorab auf die im Herbst kommende Gehaltserhöhung verlangte. Die Demokraten hatten gleichzeitig eine Rückwirkung vom 1. April dieses Jahres verlangt. Eine Anfrage der "Oppositionsparteien" wurde von denjenigen Regierungsparteien natürlichweise nicht mit dem Ernst behandelt, den diese "Oppositionsparteien" erwartet hatten. Die Beamten sollen nie vergessen, daß Demokraten und Sozialdemokraten, die gestern so lärmig für die Beamten agitierten, in den letzten 2½ Jahren alle kommunistischen Anträge in Bezug auf Gehaltserhöhung niedergestimmt haben.

Unser Genosse Töller betonte die Zeit von 1924 bis heute, in der die Beamten nicht einmal eine Erhöhung bekommen haben, als einen einzigen Leidensweg. Alle Regierungen und alle Minister hätten nichts als Versprechen für die Beamten gehabt. Davon mache auch der Minister Reinhold, der ehemalige Demokrat, keine Ausnahme. Die Aussichten der einzelnen Regierungen seien zwar verschieden gewesen. Während die eine mit dem "Preisabbau" operierte, vertröstete die andere auf die Gehaldserhöhung und der letzte Minister Köhler mache eine

gewaltig gestiegen. Der Zigarettenverbrauch betrug nach der Bandertenstatistik:

1920-21 (April bis März)	19,3 Milliarden Stück
1921-22 (April bis März)	23,0 Milliarden Stück
1922-23 (April bis März)	23,1 Milliarden Stück
1924-25 (April bis März)	25,2 Milliarden Stück
1925-26 (April bis März)	30,5 Milliarden Stück
1926-27 Schätzungsweise	32,0-33,0 Milliarden Stück

Die Dividenden betrugen bei einzelnen Firmen 20 Prozent. Einige Firmen arbeiten auch weniger rentabel, jedoch ist der Gewinn durchschnittlich ein hoher. Hinzu kommt, dass sich die Zigarettenindustrie in hauptsächlich drei große Gruppen konzentriert. Der Batschari-Konzern, dem Mal-Kah, Muratti, Haus Neuerburg, Halbhaus und einige andere angehören; dann der Jasmazi-Kemtma-Konzern und die Cuban, Waldorf-Astoria usw. Diese drei Gruppen beherrschen den Markt, drittieren die Preise.

Die Steuern, die aus dem Zigarettenverbrauch erhoben werden, erreichen eine beträchtliche Höhe. Im Jahre 1913 betrug die Tabaksteuer 181 Millionen, 1925-26 waren 615 Millionen. Für das laufende Jahr sollen 700 Millionen Mark herauskommen. Die Zigarettensteuer beträgt von dieser Summe zwei Drittel. Nun werden den Zigarettenfabrikanten die Steuern, die sie in Form von Banderolen laufen müssen, immer auf 3½ Monate gestundet. Mit diesen gestundeten Steuergeldern kann die Zigarettenindustrie nun ständig arbeiten, da sie ja laufend ein Reichsdarlehen in der Höhe von 3½ Steuernmonaten oder vielen Millionen Goldmark hat. Nach Mitteilungen beträgt die gestundete Steuermenge 250 Millionen Goldmark. Hinzu kommt, dass ein Teil dieser Steuern überhaupt nicht beizubringen ist.

Diesen Zustand der schlechten Steuerzahlung soll nun der Erlass des Finanzministeriums angeblich beenden. Hier gilt es nun, zu betrachten, wie das geschehen soll. Will man vielleicht die Steuergelder eintreiben, oder handelt es sich um ein Manöver der Zigarettenindustriellen? Zuerst einmal besteht die unerhörte Tatsache, dass die Belastung auf die Kleinhändler abgeladen wird. Hier wird die Verdienstspanne verringert, die Einkaufspreise werden herabgeschrägt. Hier schon jetzt die Dinge folgenschweren aus: Die Kleinhändler müssen pro Tausend mehr zahlen: bei 3-Pf.-Zigaretten 1,15 M., bei 5-Pf.-Zigaretten 2,05 M. und bei 10-Pf.-Zigaretten gar 4,10 M. Der Verdienst der kleinen Geschäftleute wird dadurch gefährdet, diese müssen die Steuerschulden der Großunternehmer bezahlen, den Zigarettenindustriellen wird ein Geschenk von 15-20 Millionen Reichsmark wöchentlich gemacht.

Nun verhalten sich dabei aber die Dinge noch folgendermaßen: die Barzahlung der Steuern wird nur von den Zigarettenbetrieben verlangt, die nicht die Richtlinien einhalten, die also den kleinen Händlern einen größeren Verdienst gewähren. Denjenigen Zigarettenfabriken aber, die die Richtlinien annehmen, den Verdienst bezeichnen, werden die Steuern nach wie vor weiter gestundet. Man will also nicht die Steuern beitreiben, sondern den Zigarettenindustriellen weitere Gewinne zuzuspannen. Dass es der Reichsregierung nicht daraus ankommt, die Steuern beizutreiben, geht auch aus einem Rundschreiben der Firma Jasmazi an die Händler hervor. Dieses Rundschreiben sagt:

Wir hatten uns dem Haupzollamt gegenüber bereit erklärt, die gestundeten Steuerbeträge sofort in bar zu bezahlen und in Zukunft Steuerzeichen nur gegen Barzahlung zu entnehmen.

Nun hat aber allem Anchein nach der Reichsfinanzminister über die öffentliche Verfügung hinaus den Hauptzollamt noch Anweisung erteilt, jeden möglichen Druck auf die Zigarettenhersteller auszuüben, um sie zu zwingen, die Grundzüge anzunehmen.

Die Hauptzollämter gehen so weit, dass einer angesehenen Zigarettenherstellerfirma die Abgabe von Steuergutscheinen überhaupt verweigert wurde, obwohl sie weder Steuerschulden hatte, noch etwa in Zukunft als unsichere Steuerzahler angesehen werden könnte.

Wir müssen also mit der Möglichkeit rechnen, dass die gleichen, unzweckhaften Maßnahmen auch uns gegenüber angewendet werden, und sind daher im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Betriebe gezwungen, uns den Gewaltmaßnahmen der Behörden zu fügen."

Was bejagt dieses Rundschreiben? Die Firma Muratti behauptet ebenfalls, dass sie bat zahlen wolle, dass sie auch keine Schulden habe, die Steuerbehörden aber die Annahme der Gelder ablehnen. Also um die Eintreibung der Steuern geht es nicht; die Firma Jasmazi schlägt in Zukunft als unsichere Steuerzahler an, die Kleinhändler müssten sich gegen diese Belastung zur Wehr setzen. Sie müssen die Aufhebung des Erlasses, soweit er ihnen die Lasten aufschiebt, verlangen. Wie bei der Auflösung des Wohnungsschutzes, so wurden auch hier die kleinen Händler getroffen.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat im Landtag den Antrag eingereicht, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Tabaksteuer überhaupt und des Erlasses über die Verdienstspanne des Handels zu verlangen. Wir werden uns ganz entschieden gegen die besonderen Zuwendungen an die Kapitalisten wenden. Wir werden für die Herabsetzung der Preise eintreten.

Neuer Gottschegefandter für Warschau?

Die Tselianen melden heute morgen aus Riga: Nach Moskauer Meldungen hat die polnische Regierung die Sowjetregierung durch ihren Gesandten in Moskau davon verständigt, dass zur Fortführung der Verhandlungen über den Abschluss von Verträgen zwischen Polen und Rußland die Ernennung eines Sowjetgefangenen in Warschau notwendig sei. Es heißt, dass der frühere russische Handelsvertreter in Berlin, Stomson jałow, als Gesandter nach Warschau gehen werde.

Rozenzofz ist in Moskau aus Warschau eingetroffen; er wird morgen der Regierung über seine Warschauer Reise Bericht erstatten. Sodann wird sich erst die Sowjetregierung über weitere Schritte gegenüber Polen schließen. Der polnische Gesandte in Moskau, Patel, begibt sich heute oder morgen nach Warschau.

Der Funktionär Nummer 6 ist erschienen!

Er bietet für die Parteiarbeiter außerordentlich wichtiges Material. Jeder Referent, Zellenleiter, Fraktionsschreiber muss den Funktionär sofort bei seiner Stadtteil- bzw. Gruppenleitung anfordern. Wo nicht genügend vorhanden, können noch Nachlieferungen erfolgen. Die Bezirksteilung.

Das Schankstättengesetz

Für das Braukapital und die Schnapsbrenner — Gegen das Gemeindebestimmungsrecht

(AKPD) Berlin, 20. Juni.

In der Montagsitzung des Reichstages wurde ein völkerlicher Antrag auf Beseitigung der Junglehrer-Nov. debattiert. Dem Bildungsausschuss überwiegen.

Es folgte dann die erste Lesung des Schankstättengesetzes. Reichswirtschaftsminister Curtius eröffnete die Aussprache mit einer längeren, allen grundlegenden Fragen ausweichenden Rede. Er erklärte es für schwierig, staatliche Zwangsmassnahmen gegen den Alkoholmissbrauch zu vereinigen mit dem Recht persönlicher Freiheit auf Alkoholgenuss. Es habe keinen Zweck, staatliche Vorlesungen zu machen, wenn sie keine Beachtung finden. Der Kampf gegen den Alkohol durch Trockenbildung habe zu großem Alkoholmissbrauch geführt. Ein Gemeindebestimmungsrecht lasse die Reichsregierung grundsätzlich ab; Volksabstimmungen seien eine dem deutschen Verwaltungssystem fremde, umständliche, kostspielige und unvollkommene Einrichtung, sowie kein taugliches Mittel staatlicher Verwaltung, weder unter dem Gesichtspunkt der politischen Bekämpfung von Mißständen, noch der Erziehung der Bevölkerung zum Bessersein". Die Gastwirtschaftsbetriebe seien zurückgegangen, die Brannweinhandlungen aber um ein Viertel vermehrt worden. Das Gesetz lehne einen wirksamen Jugendkodex vor. Nachdem der Wirtschaftsminister derart im Interesse des Alkoholkapitals gesprochen hatte, kamen die Parteien zum Wort.

Herr Schuh von Westfalen (SPD) kritisierter den "bureaucratischen Hochmut der Regierung über das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung". Es sei ein Standart, dass auf der Seite der Schnapsfirmen Unterberg die Große Medaille für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen erhalten habe.

Herr Philipp vom Jeuturm ist dafür, dass man nichts schafft und nicht irrt, und fordert ein Verbot der unentgültlichen Abgabe von Alkohol an Jugendliche.

Der Wirtschaftspartei Mollath erklärte, die 14 neuen Strafbestimmungen in dem vorliegenden Gesetz führen zur Strafvermeidung und Schikanen gegen die Gasträte. Man solle nicht von Schlemmerei und Vollerei reden, sondern erläutern, ob man darunter ein Diner mit Hammeln und Kapari zu Hunderten von Mark verleihe, oder etwa, wenn ein Mann ein Eisbein verzehrt hätte und, weil es gut geschmeckt hätte, ein zweites bestellt. Den Sozialdemokraten empfiehlt Mollath, als sie ihm zuwinken machen, einen Booselamp zur guten Verdauung. Für die Kommunistische Partei steht

Genossin Arendse

Die Frage des Alkoholismus gründlich als eine Klassenfrage. Der Gesetzentwurf beweist, wie der bürgerliche Klassenstaat Kultusfragen zu behandeln versteht. Ein Verlegenheitsprodukt wird uns vorgelegt; ernsthaft wird die Alkoholfrage nicht behandelt. Der Grund dazu ist der, dass die bürgerlichen Parteien eine wirksame Bekämpfung der Alkoholschäden ernstlich gar nicht wollen.

Wie in früheren Zeiten, läuft man Redner sprechen, die ihre eigene Meinung nicht die ihrer Partei vertreten. Bei der Zentrumsrednerin kam das besonders klar zum Ausdruck.

Der Gesetzentwurf ist vom Einfluss des Braukapitals diktiert; er ändert an den heutigen gesetzlichen Zuständen nicht das geringste, wenn man abseht von einer Reihe kleiner Bestimmungen, die nur die Schikanierung der Gasträte beweisen. Man redet von der Richtigstellung einer Konzession im Falle der Überreitung von Vorlesungen über die Beschädigung von Arbeitern und Angestellten. Aber die Polizei ist ein schlechter Schutz der Arbeitsträger.

Was das Gesetz bringt, ist lediglich eine Verschiebung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern. Es ist geradezu ein Standart, dass die Jugendabschreibungen nicht ausgeholt.

Die Kleinhändler müssen sich gegen diese Belastung zur Wehr setzen. Sie müssen die Aufhebung des Erlasses, soweit er ihnen die Lasten aufschiebt, verlangen. Wie bei der Auflösung des Wohnungsschutzes, so wurden auch hier die kleinen Händler getroffen.

Die Weltwirtschaftskonferenz und Bürgerblatt-Sollpolitik

Bon Heinrich Kau.

Die Zollpläne der Bürgerblattdiktatur sind geeignet, wieder einmal eine vom Vorwärts und der übrigen sozialdemokratischen Presse erzeugte Illusion auf den Völkerbund zu zerstören. Wie bei jeder Völkerbundslösung, so hat keine Laienpresse auch anlässlich der Weltwirtschaftskonferenz in Genf das Sorgfältigste vom Sogenannten Völkerbund für das anstehende Volk gefangen. Diesmal sollte das Heil aus den Zollresolutionen der Weltwirtschaftskonferenz kommen.

"Für fortschreitenden Zollabbau. Empfehlung der Genfer Konferenz", lautete die Überschrift der Front-Meldung des Vorwärts vom 18. Mai d. J. Es ist möglich, gerade jetzt daran zu erinnern, wie der Vorwärts die zweideutigen und auf Irreführung berechneten Entschließungen des Völkerbundes ohne Kritik der Arbeiterschaft unterbreite und damit die kapitalistische Freisprung der Massen unterstütze. Der Vorwärts berichtete in der obengenannten Meldung über die fraglichen Entschließungen:

Der Entwurf dieser Entschließungen stellt ein umfangreiches Schriftstück dar, in dem über die gegenwärtige Lage der Zollpolitik sowie über ihre Ursachen ausführlich berichtet wird. Dann folgt ein kritisches Kapitel über die gegenwärtige Handelspolitik und den Schluss bildet eine Reihe von Empfehlungen, in welchen den Staaten u. a. erklärt wird, es sei nunmehr der Augenblick gekommen, mit der Erhöhung der Zölle ein Ende zu machen und mit ihrer Herabeziehung zu beginnen.

Dem Völkerbundrat wird anempfohlen, den Wirtschaftsausschuss zu beauftragen, durch Zugang von Vertretern aus der Landwirtschaft, Industrie und Handel sowie der Konsumen und der Arbeiterschaft nach weiteren Mitteln zu suchen, wie ein fortschreitender Zollabbau ermöglicht werden kann. Für die Handelsverträge wird vor allem eine genaue Festlegung der Meistbegünstigungsklausel und deren allseitige Anwendung ohne Ausnahme gefordert. Für Rohtoste sollen keine Ausfuhrzölle mehr gesetzt werden, wenn sie aus tatsächlichen Gründen notwendig sind, in möglichst niedrigen Säcken. Auf alle Fälle kann kein Ausfuhrzoll erhoben werden dürfen, um die Industrien anderer Länder aus Konkurrenzgründen zu belästigen. Schließlich wird noch die Befolgung der gleichen Grundätze für die Verbraucherartikel anempfohlen."

Die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes, denen auch die Deutsche Bürgerblattdiktatur zustimmt, bedeuten also noch der Beirichterstattung des Vorwärts einen "fortschreitenden Zollabbau". Was sehen wir aber? Die Bürgerblattdiktatur will in wenigen Tagen nicht nur die bisherigen Zollsätze wieder beschließen lassen, sondern eine Reihe Zölle erhöhen! Das ist der "fortschreitende Zollabbau"!

Wird der Völkerbund gegen diesen Verstoß gegen keine Befreiung eintreten? Handelt es sich überhaupt um eine Befreiung? Beileibe nicht. Es ist doch nicht zufällig, dass außer dem Vorwärts auch die großartige Deutsche Tageszeitung höchst zufrieden war mit den Weltwirtschaftsbeschlüssen. Der Vorsteher der agrarokapitalistischen Vereinigung, Graf Ranierling, hat am 1. Juni in der Deutschen Tageszeitung über die Zollentwicklungen geschrieben:

"Diese greifen der langgemahnte Gestaltung unseres Zolltarifs und der künftigen Handelsverträge in seiner Weise vor und geben eine geeignete Grundlage für den einheitlicheren und übersichtlicheren Ausbau von Vertragstativen, ebenso wie die für die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel."

sondern abgebaut werden. Jetzt heißt es, dass der Zusatz von Brannwein an Jugendliche bis zu 18 Jahren nur gegen Einigkeit verboten ist, so doch ein Erwachsener Jugendlichen Brannwein geben darf, wenn nicht der Jugendliche, sondern der Erwachsene ihm bezahlt. Die Verabfolgung anderer geistiger Getränke war bisher bis zum 16. Lebensjahr verboten; jetzt ist das 14. Jahr als Grenze festgelegt worden. Wenn das Gesetz Bedeutung haben sollte für den Schutz der Jugend, müsste verhindert werden, dass Kindern überhaupt Alkohol verschaffen kann, gleichgültig, ob sie zum eigenen Genuss oder als Beauftragte ihrer Eltern welche verlangen.

Es ist klar, dass der Alkohol ein Bestandteil der Kultur des heutigen Staates ist. Proletarier sind in elenden Wohnungen zusammengepfercht, sind in ständiger Sorge um das Stückchen Brot, so dass mancher vielleicht im Raum die Sorge zu verzehren sucht. Dann schreibt die bürgerliche Gesellschaft von der Gemeinschaft der Arbeiterschaft. Auf der anderen Seite sieht man die Parasiten in den Schlemmerlokalen sitzen und sieht, wie im Interesse dieser Leute die Berliner sozialdemokratische Polizeipräsidient die Polizeistunde auf drei Uhr nachts festsetzt.

Wir Kommunisten sagen klar: in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ist der Kampf gegen den Alkoholmissbrauch nur möglich auf dem Wege des Gemeindebestimmungsrechts. Weil die klassenbewusste Arbeiterschaft weiß, welcher Feind der Alkohol ist, fordern wir das Gemeindebestimmungsrecht. Auch für die Jugend ist unsere Stellungnahme die einzige mögliche.

Mit 159 Stimmen der Alkoholfreunde gegen 118 Stimmen der Gegner des Alkoholmissbrauchs wird die Vorlage dem Volksversammlungsausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung der nächsten (Dienstag) Sitzung steht die erste Lesung des realistischen Strategiebuches.

Neue sozialdemokratische Unverschämtheit.

Der Abendvorwärts vom Montag, den 20. Juni, schreibt in seinem Bericht über die Beratungen im Haushaltsausschuss dar, die Anträge auf Erhöhung der Beamtenbelohnung, dass "die Kommunisten nach alter, in allen öffentlichen Körperschaften taubstumm gebliebene Weise versuchten, den sozialdemokratischen Bevölkerungsantrag zu überbieten". Diese Behauptung ist eine ganz unverhohlene Frechheit. Der kommunistische Antrag auf Zulagen von Zuschlägen von 10 bis 20 M. für die Bevölkerungsgruppen 1 bis 7 ist am 13. Mai (Reichstagsdrucksache Nr. 3381) im Reichstag eingereicht worden, während der sozialdemokratische Antrag die Nr. 3393 trägt und erst am 16. Mai, also drei Tage später, eingebracht wurde. Also erst durch die Tatsache, dass ein kommunistischer Antrag vorlag, haben sich die Sozialdemokraten veranlasst gehalten, auch ihrerseits einen Antrag einzubringen.

Ahnlich verhält es sich mit der Behauptung, dass der Herr Torgler mit anderen Worten die Argumente der Vorredner wiederholt hätte. Der Genossen Torgler hat viel klarer als der sozialdemokratische und der demokratische Redner die Arbeiterschaft angegriffen, er hat auch weiterhin das Verhalten der Sozialdemokraten und Demokraten im Jahre 1923, wo beide Parteien wiederholt kommunistische Bevölkerungsanträge niedergestimmt haben, gebührend gebrandmarkt.

Das Verhalten der Sozialdemokraten in der Frage der Erhöhung der Postgebühren, dazu der obengenannte Bericht über die Haushaltsumstellung zeigen, wie die Sozialdemokraten versuchen, mit Gewalt parlamentarische Erfolge zu konstruieren.

Schwerindustrielle Hebe gegen Russland

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Zum Zwecke der Hebe gegen Sowjetrußland verbreiteten verschiedene bürgerliche Zeitungen Nachrichten von Verhaftungen deutscher Staatsangehöriger in Russland. Die deutsche Botschaft in Moskau hat auf eine diesbezügliche Anfrage des deutschen Außenministeriums nunmehr geantwortet, dass ihr von derartigen Verhaftungen nichts bekannt sei, dass die betreffenden Mittelungen einer deutschen schwerindustriellen Presseagentur den Tatsachen nicht entsprechen.

Auch der Papst hebt gegen die Sowjetunion

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Gretelisch seiner Ausgabe innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Interessen der bestehenden Klasse zu vertreten, stellte sich der Papst, der oberste Beamte der katholischen Internationale, tatsächlich einer Reue in Rom, in der er in Russlandhebe machte, völlig auf die Seite des Kampfes gegen die Sowjetunion. In seiner Rede streitte er die Vorgänge in den Ländern, wo sich das Volk im nationalen Befreiungskampf befindet und verurteilte besonders die sozialistische und revolutionäre Idee, die wie ein schlechtes Gift in die Volker eintritt, während die Regierungen, wohl zu seinem nicht geringen Leidwesen, so gut wie gar nichts täten, um sich dagegen zu schützen.

Tschitscherin in Leningrad eingetroffen

Riga, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Aus Moskau wird gemeldet, dass gestern in Leningrad der Außenkommissar Tschitscherin eingetroffen sei. Tschitscherin ist im Hafen von Vertretern des ausländischen diplomatischen Korps und Vertretern des Außenministeriums empfangen worden. Er ist dann sofort nach Moskau weiter gefahren. Tschitscherin begibt sich in Urlaub. Er wird seinen Urlaub im Auslande verbringen.

Landesverrat wegen Veröffentlichung der Mahraunschen Denkschrift

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Wie die IRK-Korrespondenz mitteilt, ist gegen den verantwortlichen politischen Redakteur der Frankfurter Zeitung "Liberté Büssing", in Frankfurt a. M. dieser Tage der

Gesetzesentwurf und Proletariat

Von Felix Halle.

III.

Die Strafandrohungen wegen Landesverrats

Eine lange Reihe von Landesverratsprozessen in der Nachkriegszeit hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Verfolgung des Landesverrats in dem geltenden, von der Monarchie übernommenen Strafgesetzbuch keineswegs der außen und inneren Sicherheit des gegenwärtig bestehenden republikanischen Staates dient, sondern in mehrfacher Hinsicht nur den Interessen des monarchisch-nationalistischen Konterrevolution entgeht. So wurden in dem Fehden a d. Prozeß gegen drei Journalisten über dreißig Jahre Juchthaus wegen Landesverrats verhängt, obwohl die gesamte republikanisch gewonnene Bevölkerung der Überzeugung war, daß von Landesverrat bei allen drei Verurteilten nicht die Rede sein konnte, ihre Veröffentlichungen vielmehr die Aufdeckung von konterrevolutionären Umtrieben partikularistischer Art darstellten. Neben diesem in der Öffentlichkeit am heftigsten umstrittenen Fall Fehdenbach haben auch andere Landesverratsprozesse der Nachkriegszeit zu ähnlichen grotesken Ergebnissen geführt. Wenn auch diese der Rechtsüberzeugung des Proletariats und auch weiter Kreise des Kleinbürgertums, ja sogar der Bourgeoisie widersprechenden Urteile in den Landesverratsprozessen zum großen Teil auf die Auslegungskünste besonders reaktionärer Richter zurückzuführen sind, so ist nicht zu verkennen daß das gelöste Gesetz immerhin solche Auslegungen ermöglicht. Es müßte daher als die Aufgabe eines republikanisch-demokratischen Geschiebers angesehen werden, eine detaillierte Auslegung zu verhindern, mindestens zu erschweren zu versuchen, statt dessen erweiterte Entwürfe von 1927 bezüglich des Landesverrats in noch höherem Maße die Möglichkeiten solcher Fehlurteile. Die Fassungen, die § 92 (Ausspannung von Staatsgeheimnissen) und im § 93

Bereit von Staatsgeheimnissen.

erfahren haben, behalten die Fehler des geltenden Rechts bei und bedrohen noch verschärft die verfassungsmäßig garantierte Meinungsäußerung. Der § 92 des Entwurfs von 1927 lautet:

"Wer sich Schriften, Zeichnungen, andere Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer anderen Regierung für das Wohl des Reiches oder eines Landes erforderlich ist, an einen anderen (1) gelangen läßt und dadurch das Wohl des Reiches oder des Landes gefährdet, wie mit Juchthaus wird mit Juchthaus bis zu zehn Jahren bestraft."

§ 93 des Entwurfs von 1927 lautet:

"Wer Schriften, Zeichnungen, andere Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer anderen Regierung für das Wohl des Reiches oder eines Landes erforderlich ist, an einen anderen (1) gelangen läßt und dadurch das Wohl des Reiches oder des Landes gefährdet, wie mit Juchthaus bestraft."

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Juchthaus nicht unter zehn Jahren oder lebenslanges Juchthaus.

Wer die Tat fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bestraft."

Während nach dem geltenden Strafgesetz noch erforderlich ist, daß der Täter die zum Wohle des Reiches oder eines Landes gehaltenen Nachrichten öffentlich bekanntmach oder einer anderen Regierung mitteilt, bestrafst der Entwurf von 1927 bereits den wegen Landesverrats, der solche Nachrichten an einen anderen gefangen läßt und dadurch das Wohl des Reiches oder eines Landes gefährdet. Während also bisher die Veröffentlichung oder die Mitteilung an eine fremde Regierung verfolgt wurde, soll nach dem Entwurf von 1927 die Weitergabe einer Nachricht an einen andern, das heißt an jede Privatperson, unbekümmert um verwandtschaftliche Beziehung zum Täter, unbekümmert um die Vertrauensstellung des Empfängers, zum Beispiel als Rechtsanwalt, Arzt, Dienstboten, gelehrter, Abgeordneter, zur Erfüllung des Taubeslandes des Landesvertrags genügen.

Vergangenwärtigen wir uns, wie Lubitsch das Reichsgericht (zum Beispiel im Falle des Schriftstellers Heinrich Wandt) die Frage des Wohls des Reiches und die Notwendigkeit der Geheimhaltung von Nachrichten oder Konstruktionskennissen beantwortet hat, so erkennen wir die Ziele, welche eine reaktionäre Justizbehörde als Sachverwalter der Parteien des

Bürgerblods erreichen würde, wenn die vorgeschlagenen Bestimmungen über den Landesverrat Gelei werden sollten. Solche Bestimmungen wären weniger ein Schutz gegen Landesverrat sowie wirtschaftliche und politische Spionage, als ein Gesetz zur Verhinderung der Ausbeutung gefährlicher Zustände bei Behörden, wie sie zum Beispiel in der Schwarzen Reichswehr mit ihren Krimis, in der Anlegung von Waffenlagern zu konterrevolutionären Zwecken im größten Umfang (zum Beispiel im Herbst 1923) bestanden haben. Ein Gelei in solcher Hinsicht würde — bei der Durchsetzung der Behörden der Republik mit Konterrevolutionären aller Spezies — jeden Anschlag zur verschärften politischen Unterdrückung des werktätigen Volkes, militärische Vorbereitungen zum Bruch polizeirechtlicher Verträge durch einzelne Banden, übelste Polizeimachinationen und Korruption zu schänden jeglicher Art innerhalb des Behördenkörpers begünstigen. Sowohl die oppositionelle Presse wie auch jeder Verhandlungsrat würden an der Aufdeckung und Rettung solcher Wirkungs- und Ungleichheiten gehindert, sie wären der Gefahr ausgesetzt, als Landesverräte verfolgt zu werden. Der Drud auf die freie Meinungsäußerung, der durch die vom Entwurf 1927 angestrebte Regelung der Landesverratsbestimmungen ausgelöscht werden würde, ist um so nachhaltiger, als der Entwurf lebensverachtende Strafen androht. Schon die für Fälle mittlerer Schwere vorgesehene ordentliche (regelmäßige) Strafe ist schließlich Juchthaus, das heißt Juchthaus von einem bis zu fünfzig (!) Jahren. Unter Benutzung des Begriffs eines besonders schweren Falles wird sogar Juchthaus nicht unter zehn Jahren und sogar lebenslanges Juchthaus angedroht. Die Anwendung des Begriffs des besonders schweren Falles in politischen Prozessen auf Grund des Republikanischen durch den Staatsgerichtshof und durch das Reichsgericht lassen keinen Zweifel darüber, daß nicht nur Angehörige des Proletariats, sondern auch Kleinbürger, die eine ausgesprochen republikanische Gesinnung in ihren Handlungen betätigten, Gefahr laufen werden, zur Verhinderung ihres Kampfes gegen die nationalistisch-konterrevolutionären Behörden für lange Jahre, wenn nicht für Lebenszeit, hinter Zuchthausmauern zu verschwinden.

Um jede oppositionelle Veröffentlichung, die mit den genannten Vorkommen bei den Behörden im Zusammenhang steht, zu einer im strafrechtlichen Sinne gefährlichen zu machen, versucht der Entwurf im § 93 Absatz 3 noch einen neuen — dem geltenden Strafgesetzbuch unbekannten — Tatbestand des fahrlässigen Landesverrats zu schaffen, den er mit Gefängnisstrafe (d. h. bis zu fünf Jahren) bedroht. Ein solcher Gefahrgedankenversuch kann nur so aufgefaßt werden, daß nicht nur Proletarier, sondern auch unedle Männer im radikal republikanischen Lager, die — wie z. B. die Senatspräsidenten Großmann und Aegyptus — infolge ihrer juristischen Schulung es sicher zu vermeiden verstanden haben, bei Aufdeckung von Ungleichheiten, die bestimmte Behörden geheimhalten wollten, leicht in die Rolle des vorbildlichen Landesverräters zu gehen, mundtot gemacht oder der strafrechtlichen Rache ihrer politischen Gegner im Lager der äußersten Reaktion ausgeliefert werden sollen.

Der Versuch dieser Erweiterung und Verkürzung der Bestimmungen über den Landesverrat erinnert stark an den Mißbrauch der geheimzobenden und der richterlichen Gewalt im zaristischen Russland, wo z. B. der Senator Lopatin, der die Mündigkeit innerhalb der Geheimpolizei durch öffentliches Einschlägen von Korruptionszuständen einschränken wollte, als Vertreter von Staatsgeheimnissen zu zehnjähriger Zwangsarbeit und Verbüßung aller Rechte verurteilt wurde.

Über eine Reihe weiterer Bestimmungen des Entwurfs von 1927 über den Landesverrat, wie z. B. während des Krieges, wird in einem folgenden Artikel gesprochen werden.

Dasselbe in Rot

Zum Komerda-Urteil

Von Andor Gabor

Der neunzehnjährige Boris Komerda hat den russischen Gefangen in Warschau, den Genossen Wonlow, mit Revolverstichen getötet. Er kannte ihn persönlich nicht, er hatte persönlich nichts gegen ihn, nur, daß die Gefangenheit, an deren Spur Wonlow stand, dem jungen Komerda sein Blut nach Russland gab. Das ein Blut direkt von einem Gefangen bewilligt oder verweigert wird, werden auch die Dummsten nicht meinen. Würde ich alle Polizisten, Gefangenen und Konsuln, die mir die Einreise in ihre Länder verweigerten, gejötet haben, dann lebten überhaupt keine Polizisten, Gefangenen und Konsuln mehr in Europa, denn alle haben mir die Einreise in ihre Länder verweigert. Komerda hatte also keinen persönlichen Impuls, er mordete den Sonnenblumenkönig, weil er keine Hintermänner den als Opfer bezeichnet hatten. Das ist elementar klar.

Die polnische Polizei, die sonst gar nicht unschuldig ist bei der Aufdeckung „geheimer Fäden“, wo nur eine Einzelheit zu sehen ist, kam diesmal nicht dazu, irgendwelchen Hinternmännern auf die Spur zu kommen. Sie waren einfach da. Komerda steht vor uns und vor seinen Richtern als ein Mensch, der überhaupt keine Zusammenhänge hat. Komerda ist Jugendlicher, also ist es selbstverständlich, daß auch das Standgericht kein Todesurteil gegen ihn fällt kann. Genau so selbstverständlich ist es, daß dem Gefangenmorde mildernde Umstände zugestillt werden, es leitete ihn doch eine Idee! Deshalb empfahl das Gericht sein eigenes Urteil graulich und brachte Komerda dem Präsidium zur Begnadigung auf 15 Jahre vor. Dies alles ist in Polen geschehen.

In welchem Polen?

In demselben, wo der zwanzigjährige Arbeiter Raftali Botwin vom Strafgericht zum Tode verurteilt und achtzig Minuten nach dem Urteil erschossen wurde, weil er den Prokurator Eichnowski töte. Eichnowski war ein Polizeipolizist, der sich in die Arbeiterorganisation in der Botwin arbeitete, hineingemischt hatte und alle Freunde und Kameraden Botwins, ehrliche Revolutionäre, den polnischen Demokratie aussetzte. Eichnowski kam gerade aus dem Lemberger Gefängnisgebäude, wo er gegen eine Reihe von angeklagten Revolutionären erschichte Angaben gemacht hatte, als ihn Botwin, im höchsten Affekt, mit einer Regel niederschrie.

Ob die Detektive (die politische Polizei Polens) hat in acht Tagen alles herausgeholt? Am 28. Juli wurde die Tat verübt, am 6. August war Botwin bereitlos tot. Waren auch in diesem Falle keine Zusammenhänge zu erkennen? Doch Alles, was nur einmal in seinem Leben mit Botwin sprach, mat-

hielt in den Kerker. Und wer den Zusammenhang nicht eingesehen wollte, dem brachten die bewährten Methoden der Defensiv die feinsten Nuancen bei, darüber, was Beeinflussung und Anstiftung zum Morde heißt. Die Hunderte von Verbrechen waren zu wenig. Die (bürgerliche) politische Dummheit läuft laut und offen.

„Die Verwandten der bekannten Kommunisten müssen als Geisteil festgenommen und beim nächsten Versuch eines Anschlags auf friedliche Bürger oder pflichtbewußte Beamte, der Recht nach erschossen werden!“ (Aus der Zeitung: „Raczywo“).

Waren mildernde Umstände für die Tat zu finden? Keineswegs! Botwin war achtzig Jahre alt. Tat nichts! Er tötete einen Spindel, der sein Vertrauen missbraucht und seine besten Freunde denunzierte. Tat nichts! Das Gericht erklärte, daß Eichnowski ein pflichtrechter Staatsbeamter sei, dessen Leben heilig und unantastbar ist. Die Triebfeder Botwins war eine heile Idee. Tat nichts! Das Gericht zog dies so wenig in Betracht, daß es den jungen Revolutionär zum Gaigen verurteilte und nur darum das Urteil in Erhöhung verwandte, weil kein Henker zu finden war, der mit dem Strick hantieren konnte. Wurde Botwin von jungen Richtern zur Begnadigung empfohlen? O, nein! Das Gnadensofis, das der Verteidiger einbrachte war in dreißig Minuten — telegraphisch! — erledigt und nach einer halben Stunde brach Botwin mit dem Ruf „Es lebe die soziale Revolution!“ unter der Gewehrmalerei von acht Soldaten zusammen.

Der Fall Samuel Engel ist noch älter zu erläutern. Samuel Engel erschlägt einen Prokurator. Ist achtzig Jahre alt. Wird binnen einer Woche, in der mehr als achtzig „Mitschwörer“ verhaftet werden, zum Tode verurteilt. In zwölf Stunden ist das Gnadenreich zurückgewiesen. Engel erschossen.

Noch älter: Die Arbeiter Klemowski und Kutschinski wollen einen Prokurator töten. Dabei geraten sie in ein regelrechtes Feuergefecht mit der Polizei. Ein Polizist bleibt auf der Strecke. Standgericht, Todesurteil, Erhöhung am selben Tage noch.

Und noch älter: Die Arbeiter Holzak und Pötzschek töten den Prokurator Kaminski, werden durch Polizei belagert, die sie mit Pistolen vertilgt.

Zusammen ergaben diese Einzelheiten mehr als zweitausend grauliche Todesurteile gegen polnische Revolutionäre, die aussichtslos so weit mit diesen Taten in Zusammenhang gebracht werden konnten, daß sie auch Revolutionäre waren, wie die Männer, die die Tat verübt hatten.

Wie man sieht, der Fall Komerda hat seine Präzedenzstätte.

Wie man sieht, kann es in Polen auch völlig anders zu gehen, als es im Falle Komerda zugegangen ist.

Wie man sieht, ist dasselbe in Rot nicht im mindesten dasselbe!

Über Prostitution

Von R. Lenin

Nächstehende, zum ersten mal in deutsch veröffentlichten Bemerkungen Lenins über Prostitution und bürgerliche Gesellschaft — die einzigen bisher bekannten unseres Führers über diese Frage des speziell — bringen wir heute anlässlich des Falles Kolomak d. h. des Stanislaus des deutschen Polizei und der sogenannten „Sitten“polizei im besonderen.

In London ist natürlich (1918 — der Ueberleiter) der internationale Kongress zur Bekämpfung des Rädchenhandels zu Ende gegangen.

Da entfalteten sich in voller Pomp Herzoginnen, Gräfinnen, Bischöfe, Pastoren, Rabbiner, Politiker und aller Arien die bürgerliche Philanthropen! Wieviel feierliche Reden über die Schädlichkeit und Verwerthlichkeit der Prostitution!

Welche Kampfmittel aber forderten die prächtigen bürgerlichen Kongressdelegierten? Vor allem zwei: Religion und Polizei. Das sei nämlich das Sicherste und Verlässlichste gegen die Prostitution. Ein englischer Delegierter brüstete sich gegen die Prostitution. Ein anderer, der Leipziger Volkszeitung (wie der Londoner Korrespondent der Leipziger Volkszeitung mitteilte) damit, daß er im Parlament die Prügelstrafe für Kuppler durchgesetzt habe. Da habe ich ihn, wie er leibt und lebt, den modernen „Konservativen“ Helden des Kampfes mit der Prostitution!

Eine Dame aus Kanada begehrte es für Polizei und weißliche Polizeiauflauf über „gefallene“ Frauen; über Lohn erhöhungen aber sprach sie sich dahin aus, die Arbeiterinnen hätten keine bessere Entlohnung verdient.

Ein deutscher Pastor donnerte gegen den derzeitigen Materialismus, der sich im Volk immer mehr verbreite und zur Ausbreitung der freien Liebe beitrage.

Als der österreichische Delegierte Görner auch nur versuchte, von den sozialen Ursachen der Prostitution zu sprechen, von Rot und Elend der Arbeitersfamilien, von Kinderausbeutung, von den unerträglichen Wohnungsbedingungen usw., — da wurde der Redner durch Feindseligkeitswut zum Schweigen gebracht.

Dafür wurden einzelnen Delegierten — in den Gruppen — lehrreiche und erbauliche Dinge über allerhöchste Tugenden erzählt. Wenn z. B. die deutsche Kaiserin (die verstorbenen Augusta Victoria, — Der Ueberleiter) irgendwie Gebärerin in Berlin blieb, so werden den Müttern der „unehelichen“ Kinder Ringe an die Finger gesteckt — damit die hohe Person am Anblick ungetrauter Mütter keinen Anstoß nehmen

Wann kann sich aus alledem ein Urteil bilden, welche ekelsame bürgerliche Heuchelei auf solchen artifiziell-bourgeois Kongressen herrscht. Die Wohlthätigkeitssabotaden und die polizeilichen Vertheidiger der Verhöhnung von Rot und Elend verarmeln sich zum Kampf mit der Prostitution, die durch eben dieselbe Aristokratie und Bourgeoisie bestimmt — es leidet ihn doch eine Idee! Deshalb empfahl das Gericht sein eigenes Urteil graulich und brachte Komerda dem Präsidium zur Begnadigung auf 15 Jahre vor.

(Aus Arbeiter-Prozess Nr. 1, 13. Juli 1917; überlebt von Dr. J. Ustoff.)

Der Fall Lisbeth Kolomak

Durch die Verurteilung der Frau Kolomak ist der Fall Lisbeth Kolomak (Margarete Machan) in Bremen, den das Buch „Vom Leben getötet“ aufzog, nicht aus der Welt geschafft. Ein sehr typischer Fall, wie er sich heute und morgen auch wiederholen kann. Die 17jährige blonde Tochter des Schusters Kolomak wird von einer Freundin, der späteren Hauptbefreiungsgemahlin, denunziert und von der Sittenpolizei auf die Türenstation des Bremer Krankenhauses geschleppt. Loserinnen von ihren Eltern, nachlässig und falsch behandelt, den Körper von Gästen der Klassenärztes durchsucht — so stirbt das junge Mädchen unter schrecklichen Qualen. Das Buch „Vom Leben getötet“ schreibt diesen Skandal in das ganze Land hinaus.

Es geht nicht um das eine Mädchen Lisbeth. Dieses war ein Produkt der kleinbürgerlich-proletarischen Atmosphäre. Es wußte nichts von der proletarischen Jugendbewegung, vom Kampf um ein besseres Leben für alle Arbeitenden. Es wurde daher auf die Wahn leichter „freuden“ geworfen und lernte in Taten einige junge Bürger kennen, denen das schöne Arbeitersädchen ein Glas Wein oder eine Bahnfahrt kostete. Diesen Ausflug in ein „höheres Leben“ bezahlte dieses junge Mädchen damit, daß sich der brutale unmenschliche Arm der Sittenpolizei noch ihr austreckte und sie nicht aus seinem umströmenden Ringen ließ, bis sie in den Klinik — zum Skelett abgemagert, von der eigenen Mutter nicht wieder zu erkennen — in sterbendem Sterben lag.

Es geht nicht um die Hinnordung eines Mädchens Lisbeth Kolomak, sondern um die Jekatja, die heute in Deutschland den gleichen dunklen Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft ausgeliefert sind.

Frau Kolomak wurde verurteilt. Ein hunderttausendsach verurteiltes, schmachvolles System möchte sich an Urteil zu sprechen. Der Staatsanwalt stand in dieser Verhandlung auf

und hielt eine Anklagerede, in der jedes Wort von der unlogischen Heuchelei der heutigen Herrschenden trost, und die Kronzeugen der Polizei und des Staatsanwaltes war jene schamlos vorbereitete Prostituierte Gertrud W., von der Lisbeth seinerzeit denunziert wurde. Es ist eine alte Tatsache, daß die Polizei unter den Opfern des Klassenstaates, auch unter den Prostituierten, die willigen Werkzeuge findet, die sie gegen die anderen Opfer missbraucht kann. Jede offenkundige Unwahrheit, vielleicht hysterische Lüge der Gertrud W. war dem Staatsanwalt und dem Gericht willkommen. Weil sie das Buch „Vom Leben getötet“ geschrieben und veröffentlicht hatte, darum mußte Frau Kolomak verurteilt werden. Ja, die Klassenorgane der bürgerlichen Gesellschaft sind noch nie in ihren Mitteln wahrlich gewesen, wenn sie ihre eigene verlogene Moral, Heuchelei und Kulturschmach zu verleben sich bemühten.

Frau Kolomak wurde wegen „Kuppel“ verurteilt. Man hieß sie mit allen Hunden. Sie sagte vor Gericht: „Seit einem halben Jahr stampft man mich zur Hölle, weil ich die Wahrheit gesagt habe...“ Der Bremer Staat aber untergab in seiner Helenengasse eine Boredelstrafe, in der konzessionierte Unternehmer das Blutgeld der Prostituierten einforderten. Der Staat zahlt jährlich die Steuern für diese Kuppelbetriebe weit mehr als jenen sehr ehrenwerten Bürgern, die sich im Kampf gegen das Buch „Vom Leben getötet“ heilig hielten und als „deutsche Männer“ eine Verurteilung der Frau Kolomak forderten.

Katholische Geistliche und der katholische Verlag Herder in Freiburg haben die Herausgabe des Buches „Vom Leben getötet“ bewilligt. Ihnen ging es um den Einzelfall, in dem sie eine „volkswundende“ Bezeichnung der Kirche sahen wollten. Als aber das veröffenlichte Buch zu einem glühenden Anfall der Anklage gegen heutige Kultursünde wurde und die Abwehr des Bourgeois auf die Beine brachte, da wurde es den katholischen Verbrechern des Buches angst und bange. Sie überluden den Vorhang über diesen Fall herabzuziehen. Sie spielten hinter den Kulissen mit Polizei und Justiz zusammen. Das Buch wurde aus dem Buchhandel zurückgezogen und ist seit nirgends mehr zu haben.

Wir werden aber dafür sorgen, daß der Vorhang nicht herabgezogen wird. Der Fall Lisbeth Kolomak ist ein Fall, dessen Enthüllung „die Wahrheit gesetzt“ hat. Die Wahrheit über die kapitalistische „Kultur“.



21. Juni 1919: Verleugnung der deutschen Hochstiftschaft bei Stolpe (Schw.). — 1916: Braunschweiger Munitionsarbeiterstreit (bis 28. Juni). — 1870: Erklärung Bebels und Wilh. Liebknechts im Norddeutschen Parlament gegen den Krieg.

Was soll aus den Erwerbslosen werden?

Eine Massenkundgebung der Dresdner Erwerbslosen geplant.

Mit einem Aufruf wendet sich der Erwerbslosenausschuss Groß-Dresden an alle Erwerbslosen und Notstandsarbeiter. Es heißt darin:

Der kapitalistischen Gesellschaft ist es trotz Scheinkonjunktur nicht gelungen, die aufs Straßenschlüter geworfenen Opfer der Nationalisierung wieder in den Produktionsprozeß einzureihen.

Auch in Dresden sind noch gegen 20 000 Erwerbslose vorhanden!

Was soll mit den Erwerbslosen werden? Der Arbeitsnachweis sucht durch schikanöse Behandlung der Erwerbslosen und durch Unterstützungsentziehung die Erwerbslosenziffer künstlich herabzudrücken. Lebensmittel und Mieten steigen andauernd. Die ausführenden Organe der Wohlfahrtsfürsorge führen die Beihilfe der Stadtverordneten auf das unertragbare durch. Anträge des Erwerbslosenausschusses werden im Stadtverordnetenkollegium in den Ausschüssen verkennt. Kein Mensch fragt, wie die Erwerbslosen, die ein Jahr und länger erwerbslos sind, mit ihren elenden Bettelkennigen existieren sollen.

Erwerbslose Dresdens! Der unterzeichnete Ausschuss ruft euch deshalb für Mittwoch, den 22. Juni, 14.30 Uhr, zu einer

Erwerbslosenversammlung

nach der Reichskrone, Königsbrüder Straße. In dieser Versammlung werden der Landtagsabgeordnete Bruno Siegel über das Thema „Was soll mit den Erwerbslosen werden?“ und der Stadtverordnete Martin Schneiders über die Behandlung der Erwerbslosenanträge im Stadtparlament sprechen.

Erwerbslose Dresdens, erscheint in Massen in dieser Versammlung. Alle Notstandsarbeiter müssen ihre Vertrauensleute in die Versammlung entsenden.

Erwerbslosenausschuss Groß-Dresden.

Politische Ohrfeigen für den reaktionären Rat

Die vom Rat genehmigte Freigabe des Rathausfestsaales für die reaktionäre Deutsche Turnerschaft abgelehnt. — Handverkauf an die Kirche verweigert!

Wir erhielten folgendes Schreiben: Hierdurch beehre ich mich, folgendes mitzuteilen: Die Stadtverordneten haben beschlossen, ihre Verhandlungen aus der nichtöffentlichen Gesamtbildung vom 5. Mai 1927 über den Vorschlag des Rates vom 4. Mai 1927, den Festsaal des Neuen Rathauses zur Veranstaltung einer Festversammlung am 29. Mai 1927 aus Anlaß des Zusammenschlusses der beiden in Dresden bestehenden Gau der Deutschen Turnerschaft, des Freien Turngaues und des Mitteldeutsche-Gaues, zu einem Gau zu überlassen, zu veröffentlichen.

Die Stadtverordneten hatten hierzu auf Vortrag des Vorstandes beschlossen, den Vorschlag des Rates abzulehnen.

erner haben die Stadtverordneten beschlossen, ihre Verhandlungen aus der nichtöffentlichen Gesamtbildung vom 12. Mai 1927 über die Vorlage des Rates vom 4. März 1927, betr. den Verkauf von 270 Quadratmeter Landes des Wegeleiterstückes 538 des Flurbuches für Striesen (Seidnitzer Ortsverbindungsweg) an die Kirchenräte der Elsterwerdaer und Börborener Kirchengemeinde für 9 RM für den Kaufpreis und unter den sonstigen Bedingungen des Kaufvertrages ebenfalls zu veröffentlichen.

Der Verwaltungsausschuß hatte hierüber in der nichtöffentlichen Gesamtbildung vom 12. Mai 1927 Bericht erstattet und vorgeschlagen, der Ratsvorlage entsprechend zu beschließen. Auf Grund eines aus der Mitte des Kollegiums gestellten Antrages hatten die Stadtverordneten jedoch beschlossen, die Ratsvorlage abzulehnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Stadtverordneten-Vorsteher,
(gez.) Döltisch.

Aus der Freidenkerbewegung

In der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Löbau des Verbandes für Freidenkerium und Feuerbestattung sprach Genossin Oberlehrer Heinrich über „das kommende Reichsland Sachsen“. Seine Ausführungen betonten die Notwendigkeit des Kampfes gegen die machtpolitischen Bestrebungen der Kirche. Aber dann je wird durch die uns bedrohenden kulturpolitischen Gefahren die Wichtigkeit dieses Kampfes für die Arbeiterschaft beleuchtet, denn er trägt mehr denn je den Charakter des Kampfes der wertländigen Bevölkerung gegen die politische Reaktion. In jahrelanger Wühlarbeit unter dem Deckmantel der Religion, unter geistlicher Ausnutzung der in Deutschland bestehenden parteipolitischen Trennschafft und der dadurch geschaffenen Mehrheitsverhältnisse hat die Kirche ihre reaktionären Pläne verfolgt und den Boden für die jetzt geistige politische Lage vorbereitet. Konsolidat bedeutet Vertiefung der Schule und der anderen Bildungsmittel des Staates. Vertiefung der Schule, das heißt: Erziehung zum Aneklopfen, und das wiederum heißt: Rückkehr zu jenen Zeiten geistiger Finsternis, wo man Menschen zu Tode martieren konnte, weil sie ihre eigene Überzeugung gegenüber der Kirche zu behaupten wagten. Nur

Der Tod im Eisenbahnzug. Gestern vormittag stand man in einem Wagenabteil des Personenzuges Dresden—Leipzig einen Reisenden erschossen auf. Auf dem Riesaer Bahnhof wurde der betreffende Wagen sofort ausgerichtet. Die Riesaer Kriminalpolizei stellte fest, daß es sich um den 50jährigen Landwirt

Krüger aus Alschkau in der Niederschlesie handelt. Man nimmt an, daß er Selbstmord verübt hat. Gründe sind nicht bekannt.

Ein Brand entstand in einer Kistenfabrik auf dem Grundstück Handstraße 6. Da wegen der reichlichen Holzwälle die Gefahr der Ausbreitung bestand, rückten je ein Löschzug der Wachen Striesen und Altstadt der Feuerwehr an und besetzten nach kurzer Zeit jede Seite.

Berfehsunfall. Zeugen gesucht! Das Kriminalamt Dresden teilt mit: Am 17. Juni gegen 6 Uhr vormittags hat in Vorstadt Plauen, Ecke Kaiser und Köthner Straße ein Zusammenstoß zwischen einem Personenträgerwagen und einem Radfahrer stattgefunden. Hierbei ist der Fahrrader schwer verletzt worden. Zur vollständigen Klärung der Schuldfrage werden die Personen, die Augenzeuge des Unfalls gewesen sind, gebeten, sich umgehend schriftlich oder mündlich bei der Kriminaldienststelle Löbau, Tharandter Straße 21, oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Der Elbahn als Verkehrshindernis. Ein mit Baumstämmen hochbeladener Elbahn, der, aus der Tschechoslowakei kommend, talwärts fuhr, geriet am Sonntag nachmittag gegen 17 Uhr dicht vor der Albertbrücke in Gefahr, an einen der Brückenpfeiler zu stoßen. Nur der entschlossene und zähe Arbeit der Schiffsmauermannschaft gelang es, das Unglück zu verhindern. Bei dieser Arbeit wendete sich der Kahn und legte sich quer vor den mittleren Strompfeiler. Dadurch wurde zunächst die gesamte Elbwasserfahrt versperrt. Unter Zuhilfenahme eines Drachtes wurde der Kahn in die Strommitte gezogen, so daß die Personendampfer passieren konnten. Erst gegen 22 Uhr konnte der Kahn abgeschleppt und am Altstädter Ufer verankert werden.

Gesperrt. Wegen Kanalbaus wird die Prohliser Straße zwischen Hülselfstraße und Altprohlis auf die Dauer der Arbeiten für den Verkehr gesperrt.

Freigegeben. Die seit dem 8. März 1927 gesperrte George-Bähr-Straße zwischen Sedan- und Münchner Platz ist für den Verkehr wieder freigegeben worden.

Kraftwageneinführung. Dresden—Teplitz. Am 22. Juni wird die Kraftpost-Eilline Dresden (Hauptbahnhof Südausgang)—Heidenau—Glashütte—Lauenstein—Görlitz—Zinnwald eröffnet. Sie erhält in Zinnwald Anschluß an eine Eilline über den reizvollen Erzgebirgsland und Erzgebirg nach Teplitz—Schönau. Fahrzeit: Dresden—Teplitz 3 Stunden. Handelsgeiste und Wanderlustige werden diese neue Verkehrslinie mit Freuden begrüßen.

Die A.I.Z. morgen neu!

Städtische Bücherei und Leihalle. Die alljährliche Durchsuche der Büchervorräte und die gleichzeitigen Reinigungsarbeiten machen erforderlich, daß alle Stellen der Bücherei auf einmal geschlossen werden. Demnach sind vom 20. Juni bis 17. Juli die Zweigstellen: Neustadt (Martin-Luther-Platz 3), Blaumühle (Klemmengasse 11), Striesen (Handstraße 49) und Löbau (Tharandter Straße 1) geschlossen; davon anschließend vom 18. Juli bis zum 14. August die Hauptstellen (Theaterstraße 11) und vom 18. Juli bis zum 14. August die Ausgabestellen: Göttel (Lüderitz-Straße 121), Biehnen-Trachau (Wilder-Mann-Straße 11, 5), Milden (Hauptmannstraße 15), Kaditz (Simsonplatz 2), Leubnitz (Tharandter Straße 9), Dobritz-Seidnitz (Birnau-Landschaftstraße Nr. 15), Laubegast (Oehserreicher Straße 37), Leuben (Döbelnstraße 4), Reichenau-Roitzsch (Reichenau-Straße 90), Loschwitz (Grundweg 11), Radebeul-Kröstitz (Käse Nr. 15 B) und Kochwitz (Altroßwitz 11). Leser der Hauptstelle können während der Schließungszeit in den Zweigstellen Neustadt, Plauen, Striesen und Löbau Bücher entleihen, wenn sie die in der Hauptstelle abgelegten ausliegenden Bücher zum 16. Juli abgeben und sie die in der Leihstelle benutzen, wenn sie die entliehenen Bücher dort bis zum 18. Juni abgeben und eine Bescheinigung der Rückgabe im Leserheft verlangen. Die Leser der Ausgabestellen können ohne weiteres vom 18. Juli bis 14. August in den Zweigstellen Bücher entleihen gegen eine Bandgebühr von 10 Pfennig. Als Ausweis dienen der Leserausweis der betreffenden Stelle.

Zoologischer Garten. Den Neuigkeiten der Besucher der Orang-Familie ist zu entnehmen, daß man in weiten Kreisen Parallelen zieht zwischen den Orangs und dem Schimpanse Charlie, die dann immer zu ungünstigerer ersten ausfallen. Ganz abgesehen davon, daß der Orang der typische Phlegmatiker unter den Menschenaffen ist, der Schimpanse dagegen der Sanguinifer, haben wir es im letzteren mit einem übermäßigen Buben zu tun, während die Orangs erwachsene Tiere sind, die sich ungefähr durch nichts mehr aus der Ruhe bringen lassen und zu irgendwelchen Ablenkungen überhaupt nicht mehr in Frosz kommen. Das Alter der Menschenaffen läßt sich bis heute nicht genau bestimmen. Dem einzigen sicheren Anhaltspunkt dienen die Zahnhöhlentypen. Gorilla wie Suma haben das volle Gebiß der Erwachsenen, das heißt auch die sogenannten Weisheitszähne zu fehlten. Auch haben die Eckzähne des Mannes, die als Waffen zur Verteidigung der Familie dienen, bereits die volle Länge, so daß man auf ein Alter von mindestens 20 Jahren schließen kann. Der Schimpanse dagegen hat im letzten Halbjahr den ersten bleibenden Zahn (natürlich in Vierzahl) bekommen und in der letzten Woche den ersten Milchzähne verloren; er entspricht also in seinem Alter einem sechsjährigen Knaben, bei dem normalerweise ebenfalls der Schneidezähnechsel gleich nach dem Durchbruch des ersten bleibenden Zahns beginnt. Von besonderem Interesse wird es sein, das Jährlingszähnchen des jungen Orang-Utan Budi zu verfolgen, da er ja der erste in Gefangenschaft geborene Orang ist. Bis jetzt ist noch kein einziger Jahr durchgebracht, so daß man annehmen darf, daß diese Aussagung wie der Mensch erst nach Verlauf von etwa 1½ Jahr die ersten Zahne bekommt.

Anmietreibung. So sollen vergeben werden: 1. Lieferung von Fußbödenöl für die nördlichen Schulgrundstücke. 2. Steinholzarbeiten Löbtau-Straße 79 und Fabrikstraße 6, 8. Lieferung von Gasbadeöfen für Wohnhausbauten der Siedlung Prohlis. 4. Schlosserarbeiten dort. 5. Steinholz zu kaufen und Vorleistung für Wohnhausbauten im Städt. Bieh.- und Schlachthof. 6. Linoleumbelag dort und 7. Wandvertäfelungen und Plattenfuskhoden im Kranthaus Friedrichstadt. Preislisten zu senden, jeweils der Vortag reicht, im Hochbaum, Neues Rathaus, Ringstraße 19, 3. Stock, Zimmer 101, fastenlos, in der Zeit von 10 bis 14 Uhr an diejenige Bewerber abzugeben, darüber liegt auch die Ordnung über die Vergabe von Preisen und Lieferungen für die Stadt- und Schnellbahn Dresden vom 4. Dezember 1913 zur Einsicht aus. Die ausgestellten Preise sind und unterscheiden, ob es sich um einen Preis für den Aufschrift verleiht bis zum Schlußmontag Montag, den 27. Juni 1927, 11 Uhr im Hochbaum, Neues Rathaus, Ringstraße 19, 3. Obergeschoß, Zimmer 151, einzutragen. Der Rat behält sich die freie Auswahl unter den Bewerbern sowie die Ablehnung aller Angebote vor. Die Bewerber bleiben bis mit 9. Juli 1927 an ihr Angebot gebunden. Die Bewilligungsfrist beträgt zwei Jahre. — Weiterhin ist die Ausführung der Erd- und Planierungsarbeiten zur Herstellung eines Spielplatzes an der Bergstraße in Dresden-Kaitz zu vergeben. Angebotsformulare nebst Plänen und Bedingungen können in der Kanlei, Schulgasse 4, 3. Stock, gegen Entrichtung von 2 RM, Gebühren entnommen werden. Die Preisangebote sind unterschrieben, verschlossen und mit der Aufschrift „Erd- und Planierungsarbeiten Kaitz“ reichen bis zum Schlußmontag, Montag, den 27. Juni 1927, 12 Uhr in der Gartenvorwahl, Schultzgasse 4, 3. Stock, einzutragen. Die Ausmahl unter den Bewerbern und die Ablehnung aller Angebote bleibt ausdrücklich vorbehalten. Die Bewerber bleiben bis mit 17. Juli 1927 an ihr Angebot gebunden.

Kundfunk

Mittwoch, den 22. Juni:

- 16.20—18 Uhr: Nachmittag für die Jugend.
- 18.05—18.20 Uhr: Mortefurius.
- 18.20—18.30 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
- 18.30—18.55 Uhr: Deutsche Welle Berlin, Studienrat Hechtel und Peter Manu: Englisch für Anfänger.
- 18.55 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe.
- 19 Uhr: Übertragung aus Frankfurt a. Main: Rom.
- 21—21.30 Uhr: Walter Jäger-München: „Das höfliche Leben im Mittelalter“.
- 21.30—22 Uhr: Vortragsserie: „Die Bedeutung der Geschichte“ 1. Vortrag, Prof. Dr. Hans Dötsch.
- 22 Uhr: Breitbericht und Sportkund.
- 22.45—24 Uhr: Tonjuist.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands, Bezirksgruppe Dresden, Dresden-N, 6, Gr. Weißer Straße 9, Altstadt: Dienstag, den 21. Juni 20 Uhr Basteiheim, Fortsetzung des Gleichträuber-Spiels — Striesen: Mittwoch, 22. Juni, im Rest. Döbeln-Tauern, Ecke Manstraße, Fortsetzung des Vortrages Reinhold Lehmann: Wie kann ich mir selbst einen guten Laupsprecher? — Neustadt: Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr allgemeiner Basteiabend mit Fortsetzung der Übertragungsverläufe. — Rundfunkwellegruppe: Jeden Montag, 20 Uhr Basteiheim. Bau von Kurzwellenempfängern und Mortefurius. — Technischer Ausschuß: Freitag, 24. Juni, Sitzung im Basteiheim. — Ausflüsse und Beratungen werden jeden Abend, ab 18 Uhr, an jedermann im Basteiheim des ARB, Gr. Weißer Straße 9, 1 gegeben.

Wettervorausage für 22. und 23. Juni. Vorwiegend schwach bewölkt, nur vorübergehend verstärkte Bewölkung, wobei örtlich unbedeutende Niederschläge nicht ausgeschlossen sind. Temperaturen tagsüber bis auf gemäßigtes Warme ansteigend.

Erwerbslose!

Heraus zur Kundgebung

Notstandsarbeiter!

Mittwoch 14.30 Uhr
in der „Reichskrone“

Aus Sachsen

Wie die Reichsbahn in Königstein „spart“

(Arbeiterkorrespondenz)

Die bietige Bahnmeisterei benötigte vor einiger Zeit gegen 100 Arbeiter zu Ausheisterungsarbeiten auf der Strecke, und sie wendete sich an den Arbeitsnachweis. Dieser stellte es den Erwerbslosen frei, die Arbeit anzunehmen, eine Pflicht liege nicht vor, da der Tariflohn seitens der Reichsbahn nicht gezahlt werde. Es meldeten sich trotzdem eine Anzahl Leute, um auf der Strecke bei Wind und Wetter täglich 9 Stunden unter dem Tarif arbeiten zu können. Vornehmlich waren es junge Leute, die das Würzen selbst für wenig Geld dem „Stampeln“ vorzogen.

Was bezahlt nun die Reichsbahn für die schwere Arbeit auf der Strecke?

Einen Stundelohn von 60 Pf., wupon wir uns laut Lohnjetzel überzeugten. Dem Vorsteher der Bahnmeisterei, Herrn Ingenieur Grölich, sagt man nach, er sei einer von den wenigen Beamten, der Verständnis für die Arbeiter habe, und ginge es nach ihm so sei es um manches besser gestellt. Die Arbeiter sind alleamt der Ansicht, doch, nachdem die Reichsbahn spart und den Lohn von 68 auf 60 Pf. reduziert hat, nunmehr auch der Arbeiter mit seiner Arbeitskraft sparen müsse. Und was sagen die Arbeiter weiter? Wir halten nicht hinter dem Berge, vielleicht lernen die Herren am grünen Tisch in Dresden daraus! Wörtlich wurde uns erklärt:

„Wir haben für diesen Lohn — pro Woche gegen 26 Mf. — kein Interesse an der Arbeit, auch daran nicht, daß sie daneben ist; wir wissen auch, daß die Reichsbahn gar bald wieder Leute suchen wird, um dieselbe Arbeit z. T. noch einmal ausführen zu lassen!“

Während nun dem Beamten Grölich seitens des Arbeiter wegen seiner loyalen Haltung allgemeine Achtung gesollt wird, so ist bei dem Notenführer Zimmermann, der die Aussicht hat, dies nicht der Fall. Er selbst war Straßenarbeiter, heute hat er die Aussicht, ist vorwärtsgekommen, und man hört nur immer: Leute, Leute, wir müssen mehr drangehen! Sein Grundatz ist: weniger Arbeitskräfte und dafür mehr Würzen; und so äußerte er kürzlich:

„Jezt Mann habe ich noch zuviel auf der Strecke.“

Und als der Arbeiter Sicht, ihm entgegnete, spricht Zimmermann: „Sie sind gleich der Erste, der dran kommt!“ Nachdem der Arbeiter R. sich auch ein Wort erlaubte, polterte J. weiter: „R., Sie sind auch gleich dran!“ Allgemeines Gelächter erholt, aber kurze Zeit darauf erhalten beide Arbeiter von dem Aufspreiter Zimmermann die Kündigung! So wird abgebaut! Dies finden wir, und mit uns die gesamte Arbeiterschaft, unvergeßlich, und noch unvergeßlicher ist es, wenn man des Sonntags den ersten Bibelforscher Zimmermann in Königstein von Haus zu Haus ziehen sieht, das „Goldene Zeitalter“ austragend und heilige Schriften verkauft. Seine Hände kosten 50 Pf., und wenn man da nicht anbeibt, so geht es auch mit 20 Pf. In den Kreisen der Bibelforscher wird er sehr geschätzt, und auch bei seinen ihm unterstellten Leuten gilt er als „Große“. Denn jebad irgendein Ereignis von Bedeutung gewesen ist, spricht er:

„Leute, gugt in die Bibel, auf Seite ... steht es geschrieben!“

Nach seiner Ansicht sagt alles Kommando die Bibel voraus, nur weiß es Zimmermann immer erst hinterher, nachdem es

geschehen ist, und sucht die dazu passende Stelle in der Bibel aus. Wann werden die Leute gescheit werden?

Von einigen älteren Arbeitern werden wir gebeten, folgendes Wunsch auszusprechen:

Das Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn

und Reichshauptmann von Dresden, Herr Wilhelm Bus,

möge einmal nach Königstein kommen und sich an Ort und Stelle von dem persönlich überzeugen, was wir geschildert und selbst einmal mitarbeiten für 0,60 Mf. pro Stunde! Er würde so manchen Bekannten wiedersehen. Arbeiter, die Herrn Bus noch kennen, als er in früherer Zeit als Stoffsticker im hiesigen Schuhhause arbeitete und damals hinter verschlossenen Türen Versammlungen abhielt, um vor der Polizei sicher zu sein! Und heute? — Welch ein Wandel der Zeit! Die Arbeiter, zu denen Wilhelm Bus einst so radikal sprach, sind alt geworden, sind froh, daß sie noch arbeiten können, wenn auch für nur 60 Pf. Stundelohn, und Herr Bus ist „Alter Sozialdemokrat“, Reichshauptmann von Dresden und Mitglied der Dawesbahngesellschaft geworden! Die Leute auf der Strecke fragen einander oft, und man hört oftmals:

„Das war dereinst ein Arbeitersührer!“

Wieviel gibt es noch von diesem Format?

Der rote Scheinwerfer von Königstein.

Pirna. Am Freitag, 24. Juni, 21 Uhr, findet auf der Cosigner Vogelwiese die proletarische Sonnenwendfeier für sämtliche Pirnaer Arbeiterorganisationen statt.

Arbeiter-Radiobund Freital. Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, im Steiger; Vortrag des Herrn Rud. Ing. Heizler Dresden, über Schaltungen vom Detektor bis zum hochwertigen Röhrengerät. Mitglieder, erscheint testlos und bringt Radiosonde mit.

Ueberschall.

Bautzen. Am Donnerstag vormittag wurde auf dem Wege zwischen Kripitz und Ostro bei Elstra der 63jährige Handelsmann Naumann aus Dresden von dem 28jährigen Agenten Albert Weise aus Elstra überfallen. Weise, der mit Naumann bekannt war, wußte, daß dieser eine größere Summe Geldes bei sich führte. Naumann fuhr mit einem Handwagen, und Weise folgte ihm auf einem Rad und schlug den Naumann im Vorüberfahren mit einem Knüppel nieder. Naumann wehrte sich, rief um Hilfe und entriss dem Täter den Knüppel. Hierauf entfloß Weise, stellte sich aber abends freiwillig der Bautzner Kriminalpolizei.

Zittau. (Straßenperrungen.) Wegen Abbruchs und Umbaues der Brücke über den Papiermühlengraben im Zuge der Staatsstraße Zittau-Großzscha wird der Verkehr in der Zeit vom 22. bis 30. Juni 1927 gesperrt. Der Fahrverkehr wird über Kleinzscha und Kleinporitz umgeleitet und der Fußgängerverkehr über die Reihebrücke bei der Quellquelle verweilt. — Wegen Pfasterungen wird die Staatsstraße Zittau-Görlitz zwischen Zittau und Hirschfelde vom 21. Juni 1927 bis auf weiteres wie folgt gesperrt: vom Montag bis Freitag von 8 bis 11 Uhr und 19.30 bis 17 Uhr, Sonnabend von 8 bis 12.30 Uhr. Der Verkehr ist über Tschau-Husarenstraße-Reibersdorf zu leiten.

Arbeiter Sport

Fußballsport

Eine Kreisfußballausschüttung

der Sächsischen Spielvereinigung tagt am 26. und 27. Juni in Dresden. Die der Ruhlandkreis der Sachsenmannschaft wegen um einige Wochen verschobene Tagung hat wichtige Punkte zu behandeln. Im Vordergrund des Interesses steht das Kreisfest 1928, an dem sich auch in reich umfangreichem Maße die Fußballspieler beteiligen wollen. Die Vertreter der einzelnen Bezirke werden zu diesem Zweck eine Besichtigung des Kreisfestgeländes vornehmen. Über den Erfolg der Ruhlanderbegegnung wird der Gen. Weißner, Leipzig, dem Kreisfußballausschüttung berichten. Der Haushaltplan 1927, die Beschlusshaltung über die Eintragung der Sächsischen Spielvereinigung ins Vereinsregister, evtl. Erhöhung der Kreisbeiträge, Verteilung der staatlichen Zuschüsse sind neben anderen Anfragen u.ä. Tagesordnungspunkte, die der Tagung den Stempel höchster Wichtigkeit aufdrücken. Des umfangreichen Stoffes wegen kommen die Vertreter bereits am Sonnabend zusammen. Ibd.

Das Länderspiel gegen Rußland

am 2. Juli in Leipzig wird das bedeutendste Ereignis des Jahres. Gemessen an den Ergebnissen, die die im Vorjahr dagewesene Ruhmannschaft erzielte, besteht für uns wenig Hoffnung, zu siegen. Die Zeitungen der Spielorte von damals berichteten:

Leipzig: „Mit 5:2 gewinnt Ruhland, 25.000 Menschen wohnten dem Spiel bei. Das im Spiel gebotene wurde, war fabelhaft. Eine herartige Fülle an Technik und Taktik, Körperbeherrschung und geistiger Spielfikur, wie sie von unseren Gästen gezeigt wurde, ist wohl selten zu sehen.“

Chebniy: „Vor 18.000 Zuschauern zeigte sich die russische Mannschaft in Hochform und gewann mit 7:2.“

Dresden: „20.000 Zuschauer sahen einen grandiosen Kampf, in dem die Dresdner Städteffekt katastrophal mit 10:1 verlor.“

Stuttgart: „9:1 heißt das Resultat im Schwabenland. Auch hier eine fünfstellige Zuschauerdichte.“

Frankfurt: „7:1 für Ruhland. Trotz dem Regenwetter 7000 wettbewerbslose Zuschauertypen.“

Köln: „Das Bombenresultat von 12:2 für Ruhland. Im Rahmen des westdeutschen Sportfestes bewunderten 70.000 Anhänger des Arbeitersportes die Leistungen der Russen.“

Als Gesamtergebnis der Spiele also ein Torverhältnis von 50:9 und eine Rekordzuschauermenge von 150.000. Das lädt zum Besuch des Spieles in Leipzig, über das wir am 4. Juli mit einem Sonderbericht aufwarteten werden. Ibd.

Eine neue Turnhalle mit Vereinsaal und Wohngebäude

erbauten die Mitglieder des Vereins für Sport und Körperpflege in Grünau i. Sa. (3. Bezirk). Am 20. März 1926 fand die Grundsteinlegung statt. Die eingemauerte Urkunde schließt mit den Worten: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Danach der Aufspreiter der Genossen konnten schon am 15. Mai (zum Richtfest) unter Bau mit der Bundes-



flagge geschmückt werden. Von der höchsten Stelle des Daches erlangt das Sturmlied der Freien Turner. Darüber wehtet stolz und führt das leuchtende Rot unserer Bundesflagge. Mit viel Freude bilden alle mit dem Arbeitersport Sympathisierenden auf diesen schmucken Bau.

Ibd.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Freital, Gruppe Deuben.

Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, Übungsaufstand in der Linde.

Der neue „Proletariersport“ erschienen!

Das soeben erschienene Heft 9 des „Proletariersports“ bringt wiederum reichhaltiges Material. Ausführlich wird über die Verhandlungen der technisch-metallischen Konferenz berichtet. Ein weiterer Artikel beschäftigt sich mit dem Reichsarbeitsparteitag (RAST). Eingehendes Material wird zu dem Werksportheit der Unternehmer und zu deren Beschreibungen gehalten, die Ausbeutung der Arbeiter durch Einführung von Körperübungspausen im Betrieb zu erhöhen sowie auch die Verluste, den Sport zu einem Mittel der Nationalisierung unter der Vandalenverschafft zu gestalten. Interessante Berichte aus den sportlichen Veranstaltungen des internationalen Arbeitersports vervollständigen den Inhalt des Heftes, das, wie alle bisherigen Hefte, reich illustriert ist.

Der „Proletariersport“ ist zum Preise von 20 Pf. durch die Buchhandlung Literaturvertrieb, GmbH, Prager Straße 21, durch jeden Literaturabmann oder direkt durch die Post zu beziehen.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

BSP-BE am Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. Juni. Beginn: Sonnabend, 19.30 Uhr, im Brandenburger Hof. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. (In der Diskussion Berichte der eingeladenen UB über den Stand der Gewerkschaftsarbeit.) 2. Der Stand der Generalcontrole und die nächsten organisatorischen Aufgaben. Außer den BP-Mitgliedern haben am Sonnabend mit anwesend zu sein: Alle Börs- und Gewerkschaftsleiter der Stadtteile und Arbeitsgebiete von Groß-Dresden sowie die Gewerkschaftsleiter der Unterbezirke und alle in Dresden wohnenden Referenten.

Dienstag, den 21. Juni.

Stadtteil 5, Strakenzelle Böhlen. Mitgliederversammlung im Trachenauer Hof.

Weizen. Mitgliederversammlung: Gewerkschaftshaus 19.30 Uhr.

Mittwoch, den 22. Juni: Stadtteil 1, Strakenzelle D. Mitgliederversammlung im Restaurant Hindenburghof, Theaterstraße, 19.30 Uhr.

Neustadt-Ost 4. Die Stadtteil-Delegiertenkonferenz findet nicht am 22. Juni, sondern am 24. Juni bei Wieder- anders statt.

Stadtteil 5. Stadtteil-Delegiertenversammlung 16.30 Uhr im Bürgerhof, Bürgerstraße. Gen. A. spricht über die Kriegs- und Friedensaufgaben der Partei. Jede Betriebs- und Strakenzelle muß vertreten sein.

U-B Pirna. Alle Vorstandsmitglieder von JAS, AB, KB, AGW, AG, AG und Eng. UBB: 19.30 Uhr im Volkshaus. Wichtige Besprechung!

Dienstag, den 21. Juni: Orgkommission im Partiebüro 19.30 Uhr. Kein Mitglied darf fehlen.

Roter Frontkämpferbund

Arthur Müller, Löbtauer Straße 90, Hh., ist wegen organisatorisch bedingten Verhaltens aus dem Roten Frontkämpferbund ausgeschlossen worden.

Dienstag, den 21. Juni: Ortsgruppe Demitz-Thumitz, 20 Uhr Funktionärsitzung bei Kamerad Kiedler.

Mittwoch, den 22. Juni:

Tambourzug Groß-Dresden, 19 Uhr Übungsaufstand im Bürgerhof. Gescieneen Pflicht.

Abteilung 2. Funktionärsitzung 19.30 Uhr im Abteilungshaus. Alle Gruppenführer und Kassierer müssen anwesend sein. Die Abteilung beteiligt sich geschlossen am Roten Tag in Bischöfswerda. Fahrgeld von 1 Mark muß bis Freitag an die Zugstaflierer abgeliefert werden.

Kapelle Neustadt. 19.30 Uhr Übungsaufstand im Viehhofeinhause. Alles erscheinen.

Ortsgruppe Demitz-Thumitz, 19.30 Uhr wichtige Vollmitgliederversammlung im Vereinslokal. Beträgt Roten Tag. Partei ist mit eingeladen. Pünktlich erscheinen, Pflichtdienst.

rote Jungfront

Dienstag, den 21. Juni: Sprechchor Groß-Dresden. Wichtige Probe im Flemminghof. Escheinen ist Pflicht.

Mittwoch, den 22. Juni: Abteilung 2. 19.30 Uhr Abteilungs-Kontrollversammlung in der Jakobshänne, Jakobsgasse. Jeder Kamerad muss erscheinen. Thema: Eugen Levine. Mitgliedsbuch mitbringen.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Dienstag, den 21. Juni: Abteilung 2. Versammlung 19.30 Uhr im Viehhofeinhause. Trude Strzelciewicz spricht über: Larissa Reinhart. Oktober und Jung. Kinder zur Party. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Nadeberg. 20 Uhr Mitgliederversammlung in Barathe Jugendheim, Langestraße.

Mittwoch, den 22. Juni:

Abteilung 3 (Striesen). 20 Uhr liest Gen. Gertrud Strzelciewicz Hellerau aus „Oktobe“ von Larissa Reinhart vor.

Donnerstag, den 23. Juni: Pirna. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Verband für Freudenertum und Feuerbestattung E. B. Dienstag, den 21. Juni: Freital. 19.30 Uhr Sonnenwendfeier im Luisibad am Wildbach.

Mittwoch, den 22. Juni: Neustadt. 20 Uhr Versammlung im Bürgerkino. Bericht vom Bundestreffen. Gäste willkommen.

Arbeiter-Radsahrer-Bund „Solidarität“, Abt. Cotta u. Moritzdorfer. Die Einäscherung des Gen. Botte erfolgt Mittwoch 14.30 Uhr im Krematorium. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Brand-Erbisdorf, am 21. Juni 1927.

Schönert, Bürgermeister.

Hundesteuer 1927

Die Hundesteuer für das Rechnungsjahr 1927 beträgt 16 RM für den ersten und 32 RM für jeden weiteren Hund.

Da die Hälfte der Steuer ist am 1. Juli und 31. Dezember 1927 an die heutige Steuerstelle zu bezahlen.

Steuerpflichtige sind alle am 10. April 1927 vorhanden gewesenen Hunde über 2 Monate alt; Hunde, die nach 10. April 1927 auswärts eingeführt oder über 2 Monate alt werden, sind binnen 14 Tagen nach Eintritt der Steuerpflicht zu versteuern.

Es wird eine scharfe Kontrolle stattfinden und jede Steuerhinterziehung mit dem vier- bis zehnfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft.

Ebenfalls strohbar machen sich Hundebesitzer, deren Hunde ohne die gültige Steuermarke am Halsband betroffen werden.

Brand-Erbisdorf, am 21. Juni 1927.

Der Stadtrat.

Öffentlicher Arbeitsnachweis Freital und Umgegend

Lange Straße 19 Freital Fernruf Nr. 605

Wir suchen:</h

Gewerkschaftliches Keine Wiederaufnahme des Kollegen Füssel

Der Ausschluß bestätigt

Ein neuer „Erfolg“ der Baugewerks-Garde

Der Kollege Füssel, der mit der fadenscheinigsten Begründung aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen wurde, hatte selbstverständlich von keinem statutarischen Recht Gebrauch gemacht und bei den Verbandsinstanzen gegen den zu Unrecht erfolgten Ausschluß Einspruch erhoben. Bekanntlich hatte die Provinz der Bureaucratien des Baugewerksbundes Dresden, die oppositionellen Kollegen auszuholen, bei der gesamten Kollegenschaft einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Wir konnten feststellen, daß sich die Belegschaften auf fast allen Baustellen mit dem Fall Füssel beschäftigten und in zahlreichen Protestresolutionen ihren Unwillen über die verbaudidige Methode der Bureaucratien zum Ausdruck brachten, und die Wiederaufnahme des Kollegen Füssel forderten. Die Sympathien der Bauarbeiter standen und stehen noch heute auf der Seite des Kollegen Füssel, der in den Kollegenkreisen als ein guter Gewerkschaftsfunktionär bekannt ist und jederzeit im Interesse der Bauarbeiter tätig war. Selbst der Bundesausschuß des Baugewerksbundes wagte es nicht, die gewerkschaftlichen Verdienste des Kollegen Füssel zu bestreiten. Was man ihm nicht verzeihen kann, und was der eigentliche Grund ist, der zu dem Ausschluß des Kollegen Füssel führte, das ist die Tatsache, daß der Kollege Füssel sich erlaubte, an der Taktik und dem Verhalten der Reformisten im Baugewerksbund kritisch Stellung zu nehmen. Um die Opposition zu unterbinden und den festigen Kritikern loszuwerden, mußte ein Grund zum Ausschluß gefunden werden. Die fadenscheinige Begründung mußte herhalten, um die Ausschlußpraxis fortzuführen.

Jetzt hat nun der Bundesausschuß endlich zu dem Einspruch des Kollegen Füssel Stellung genommen und seine Entscheidung in einem Briefe an den Kollegen Füssel niedergelegt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 12. Juni 1927.
Herrn Heinrich Füssel
Radebeul-Oberlößnitz, Bergstr. 22.

Wertiger Kollege! Deine Beschwerde wegen Ausschluß aus dem Baugewerksbund hat den Bundesausschuß lange beschäftigt. Nach eingehender Überprüfung alter Momente ist der Einspruch doch zur Zurückweisung gekommen.

Bei der Beurteilung des Beschwerdefalles müssen notwendigerweise fruchtbare Vorgänge mit berücksichtigt werden. Du selbst weißt ja ebenfalls darauf hin, daß Du auf allen Baustellen für eine rechte Organisierung aller Kollegen eingetreten bist. Es mag Dir zugute gehalten werden, daß Du immer aktiv warst, nur hast Du dieselbe Aktivität auch zur geistigen Zersetzung in der Mitgliedschaft ausgewandert. Du bist in den Jahren 1923–24 zwar Mitglied des Bundes geblieben, hast aber die Zeitung und sonstiges Agitationsmaterial des sogenannten „Verbandes der Ausgeschlossenen“ verbreitet, bist gewißmachen der Verbindungsman gewesen. Auf Grund solcher Vorgänge wirdst Du in jeder anderen Organisation ausgeschlossen werden, nicht zuletzt aus der KPD (siehe die Ausführungen Thälmanns in Eben).

Den jetzt zum Ausschluß führenden Vorgang stellt Du natürlich ganz darlos dar, was auch verständlich ist. Die andere Seite behauptet aber, Du lebst gewarnt worden und hättest trotzdem mit dem Kollegen Spottie zusammen jede Verhandlung abgelehnt. Dem Arbeiter aber, der jahrelang politisch tätig ist, muß jede Zersetzung der Kraft widerlich sein. Diese dann in den wirtschaftlichen Organisationen, den Gewerkschaften, fortsetzen, ist Verbrechen und muß aus Schlägerhaltungstrieb zum Ausschluß führen.

Deutscher Baugewerksbund

Der Bundesausschuß

Heg., Otto Henke

Die Begründung, die der Bundesausschuß für die Zurückweisung der Beschwerde des Kollegen Füssel gibt, ist das Einverständnis und der Beweis der willkürlichen Ausschlußpraxis gegen unliebsame Oppositionskollegen. Die Richtigkeit der Begründung für den Ausschluß ist offensichtlich. Der Bundesausschuß rechtfertigt ohne irgendwelche Beweise das Verholten und die Maßnahmen seiner örtlichen Instanzen. Was von den Führern des Baugewerksbundes als Anklage gegen den Kollegen Füssel ausgelegt werden soll, wird einförmig als mahr unterstellt. Die Entscheidung des Bundesausschusses ist an den Haaren herbeizogen. Nicht ein einziger Beweis, der irgendwie den Ausschluß rechtfertigen könnte. Auch der Vorwurf, Füssel habe Zeitungen und Agitationsmaterial der Verbands der ausgeschlossenen Bauarbeiter verbreitet und damit die Organisation geschädigt, ist eine absolet unhaltbare Anklahldigung. Bekanntlich ist der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter seit fast zwei Jahren liquidiert und schon deshalb ist dieser Vorwurf, der heute als Rechtfertigung für den Ausschluß dienen soll, in jeder Beziehung hinfällig.

Die Entscheidung des Bundesausschusses zeigt der Kollegenföhrer des Baugewerksbundes, wie die Reformisten alle Mittel

Abenteurer des Schienenstranges von JACK LONDON

(34. Fortsetzung.)

Aber am ersten Abend konnte ich mich nicht überwinden, es zu tun, und das Ergebnis war, daß die anderen Jungen in eine Wirtschaftsloge gingen und etwas essen wollten und ich nicht, weil ich nichts hatte. Einer von ihnen gab mir etwas ab, und wir aßen zusammen. Aber beim Essen dachte ich über die Sache nach. Der Hesler, sagt man, sei ebenso schlimm wie der Stichler; der andere bettelte, und ich hatte nun den Ruhm davon. Ich kam zu dem Ergebnis, daß der Hesler viel schlimmer als der Stichler sei, und daß es nicht wieder so gehen sollte. Und das tat es auch nicht. Am nächsten Tage ging ich los und fuhr gerade so gut wie die anderen um Eben und Geld.

Der Hesler, der Griecher, Riden erstreckte sich nicht auf den Schienenstrang. Er eignete sich nicht zum Bagabunden, und eines Abends schlich er sich an Bord eines Brahmus und fuhr zu Fußabmörts nach San Francisco. Ich traf ihn — übrigens erst zu einer Woche — bei einem Baglampi wieder. Er hatte es zu etwas gebracht. Er lag auf dem Schenplatz im Ring. Er arrangierte Baglampen und ist sehr froh darüber. In der lokalen Sportswelt ist er auf seine Weise ein großer Mann.

Kein Bagabund ist „fertig“, bevor er über den „Hügel“ kommt. — Io lautete das Gesetz für Bagabunden, wie ich es in Sacramento auslegen hörte. Nun ja, da mußte ich eben jehen. Über den „Hügel“ zu kommen und immatrikuliert zu werden. Der „Hügel“ war, nebenbei bemerkt, die Sierra Nevada. Die ganze Bande wollte einen kleinen Ausflug über den „Hügel“ machen, und selbstverständlich wollte ich mit. Es war die erste Bagabundenleitung des Franzosen-Charles. Er war eben erst seiner Familie in San Francisco durchgegangen. Er und ich, wir sollten zeigen, was wir taugen.

Ich will hier nur erwähnen, daß ich nicht mehr meinen alten Königstiel trug. Ich hatte meine „Monica“ bekommen.

Der 15. Verbandstag der Holzarbeiter Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes

Am zweiten Verhandlungstag wird in der Diskussion zum Vorstandsbereich fortgeführt. Tamm (Jugendleiter) stellt den Ausführungen Kieserts entgegen und hält die Bekämpfung älterer Kollegen zu Jugendleitern für richtig. Er verteidigt die Alterskollegen mit dem Reichsausschuß deutscher Jugendverbände, der noch seiner Auffassung die Gesamtinteressen der „deutschen Jugend“ (!) vertrete.

Winklers Meinungen unterstützt den Hauptvorstand in seiner Ausschlußpolitik und macht die Kommunisten für alle Misserfolge verantwortlich.

Berlin-Wilmersdorf hatte zwar die Trennung der erwerbslosen von den arbeitenden Kollegen für schädlich, kann aber andererseits die Notwendigkeit einer organisierten Zusammenarbeit zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden, wie sie die Opposition fordert, nicht begreifen.

Klingert-Königsberg: Zur Stellung der Kampfkraft des Verbandes ist es notwendig, alle Kollegen, unberücksichtigt ihrer politischen Meinung, zur Mitarbeit herauszuladen.

Kiesert-Berlin bringt eine Entschließung zur Jugendfrage ein.

Nachdem Neuberger-Nürnberg sich für die offizielle Verbandsvorstandspolitik ins Zeug gelegt, wird die Diskussion gegen die Stimmen der Opposition auf Antrag Stuttgart geschlossen, um eine sachliche Entgegnung des Kollegen Pries auf die prosozierten Vorwürfe einzelner Kommunisten freier zu verhindern.

Im Schluswort beweist der Redakteur Kaiser, daß er immer noch nichts gelernt und nichts vergessen hat. Für ihn gibt es in der ganzen Welt nur einen Herrn, den Kapitalismus, und seinen getreuen Diener, den Reformismus, der die Interessen seines Herrn vertreten muß. Hinten der Brücke, daß es nicht lohne, auf die Vorschläge der Opposition einzugehen, glaubt er seine Unfähigkeit vorzeigen zu können.

Tarnow muß im Schluswort eingehen, daß der Hauptvorstand mit einer gewissen Angst zum Verbandstag erschienen ist. Die Opposition hat reichlich Material vorgebracht und man kann über einzelne Vorschläge ernst diskutieren. Die Redner der Mehrheit beschränkten sich wie immer auf die „praktischen“ Anregungen. Es wendet sich in seinen Ausführungen gegen den Genossen Pries und versucht unter Ausnutzung aller rhetorischen Ressourcen Argumente zu entkräften. Es ist nach der Meinung Tarnows nicht erwiesen, daß die sozialen Unterstützungen unbedingt zur Schwächung der Kampfkraft führen müßten. Den Mitgliederverlust könne man nicht dadurch erklären, daß der Verband zu wenig aktiv gewesen sei. Da er für den Beweis seiner Behauptungen in Deutschland kein Material finden kann, denkt er aus dem Zusammenhang gezogene Zitate aus dem russischen Gewerkschaftsvorstand („Trud“). Auch die russischen Gewerkschaften müßten mitunter die Verkürzung der Arbeitszeit als Bedingung der Lohn erhöhung stellen. In Wirklichkeit haben die deutschen Gewerkschaften, wie es der Tätigkeiter, der Kali- und Bergarbeiterkampf am klarsten bewiesen haben, vollständig vorgehen, gegen

die bis zu 12 Stunden lange Arbeitszeit einen energischen Kampf zu führen. Nach Tarnows Auffassung könne man die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften nicht mit der der Kommunistischen Partei vergleichen. Diese könne in einer Zeit der Krise wohl als Mitglieder zunehmen, während die Gewerkschaften aus Mangel an Erfolgen in einer solchen Periode wenig Werkeleistung entwickeln können. Es verleiht die Oppositio dadurch zu bestreiten, daß er sie als ein Werkzeug ihrer Partei hinstellt. Tarnow erklärt ganz offen, daß er nicht mehr zu der Auffassung von Karl Marx in der Frage des Klassenkampfes steht. Doch er mit dieser Auffassung keine Erfolge erzielen kann. Er hat, und ironischer Beruf, mit demagogischen Redewendungen die oppositionellen Kollegen gegeneinander auszuspielen. Werden Tarnow und alle Reformisten nicht erreichen, den Widerstand der Holzarbeiter gegen eine solche Politik zu zerstören.

Bannwolf empfiehlt im Namen der Kommission die von der Opposition gestellten Anträge auf Änderung der Schreibweise der Holzarbeiterzeitung, Ausstieg aus der Arbeitsgemeinschaft abzulehnen, was die Mehrheit auch tut. Die Entschließung der Opposition zum Geschäftsbereich wie die zur Jugendfrage werden ebenfalls gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Hierauf wird in die Beratung des dritten Tagessordnungspunktes „Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes“ eingetreten. Hierzu referiert M. Schleicher. Er behauptet, daß trotz der heftigen Kritik, auch oft ohne Streit, mit Hilfe von Verhandlungen Erfolge erzielt werden könnten. Die Behauptung Schleichers, daß die Auswirkungen des letzten Schiedspruchs nicht in dem Maße utrafen, wie sie die kommunistische Presse charakterisiert hat, seine weitere Behauptung, daß der Lohn der angelernten und angelehrten Arbeiter in der Holzindustrie mit am höchsten stände, und daß das allgemeine Lohnniveau bis immer mehr dem Kriegsstand näher, verzögert et leidet zu beweisen. Trotz der Kennzeichnung der Saarwacher Methoden eines Voring hat aber Schleicher die Hoffnung auf eine Belehrung der Unternehmer noch nicht aufgegeben, denn die Hoffnung ist ja die ganze Grundlage der reformistischen Lohnpolitik. Um einen Wahlkämpfer für das Verlag in die Lohnpolitik zu finden, heißt es auf die Unorganisierten los und glaubt, den Kommunisten noch eine besondere Vorliebe für die Unorganisierten undichten zu können. Es sieht in ihnen nur die Streitbrecher des Unternehmers, vergibt aber, daß es nur die ehrbare, die Interessen der Kollegen idemal in sich liegende, vertretende Arbeitgemeinschaftspolitik war und ist, die zahlreiche Arbeiter zum Angelaufen an die Organisation geführt und in das Lager der Indifferenzen gehauen hat.

In der Nachmittagssitzung berichtet Dammer über die Lohn- und Vertragsbewegung der Baudienste. Aber er kann noch weniger „Erfolge“ aufweisen als sein Vorgänger. Wenn auch keine Streit gezeigt werden können, so ist doch alles ausgenutzt worden, um für Verbesserungen zu kämpfen.

Sich wiederum keine über die Bekämpfungstrete. Nach Zeitungsnachrichten soll die Bekämpfung regelrecht gar erst im Herbst erfolgen.

Der Dresdner Lehrerverein gibt seiner großen Errichtung über die Verkleppung Ausdruck und empört über die Behandlung der ganzen Beamten- und Lehrerfrage. Er erwartet von allen maßgebenden Stellen, daß sie sich mit größter Entschiedenheit für die sofortige Erledigung der Bekämpfungszusage mit rücksichtiger Kraft vom 1. April 1927 einsetzen und den Betriebungen auf Verlängerung oder Hinauschiebung des Termins mit allen Mitteln entgegensetzen.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Dresden, Sitzung der Koll. und Stellvertreter. Sonntag, den 28. Juni, Tagessitzung mit Platz nach Bühlau, Schönfeld, Leipzigerstr., Pillnitz. Abends ein Tänzchen in Leipzigerstr. Treffen früh 8.30 Uhr Mordgrundbrücke. Abmarsch Punkt 9 Uhr. Dresdner Kollegen treffen sich 9 Uhr am Volkshaus Dresdner Preis der Karte 30 Pf.

Achtung Lederarbeiter!

Am 17. August und folgende Tage findet im Rahmen des internationalen Kongresses der internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie-Arbeiter statt. Für den zweiten Wahlkreis wurde der Genosse Albert Fischer, M. d. P. aus Meißen in Württemberg aufgestellt. Die Kollegen müssen bei der Wahl für den Genossen Fischer ihre Stimme abgeben und für starke Wahlbereitigung Sorge tragen.

Berantwortlich für den Dresdner und Görlitzer Teil: Bruno Goldammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Pevag“. Druckerei Dresden

Um die Gehaltserhöhung der Beamten

Die Forderung der Lehrlernschaft

Der Dresdner Lehrerverein erachtet uns um die Aufnahme nachstehender

Entschließung:

Den maßgebenden Stellen ist die völlig ungenügende Bezahlung der Beamten- und Lehrerzahl und die dadurch verursachte Kostspiel und Verhöhung seit langer Zeit bekannt. Außer leeren Versprechungen und unerledigten Anträgen ist bisher nichts erfolgt. Die Beamten- und Lehrerzahl wird weiter verützt, der Termin für die als dringend notwendige anerkannte Aufbesserung weiter hinausgeschoben. Unter den Vorlagen, die von der Reichsregierung dem Leistungstag des Reichstages zur Erledigung übergeben wurden und befindet

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Dresden Donnerstag, den 23. Juni um 17 Uhr im „Volkshaus“, Ritterbergstraße

Große Mitglieder-Versammlung / Bericht vom Verbandstag

Ich war jetzt der „Seemannsjunge“, und später, als ich erst die Rocky Mountains zwischen mich und meine Vaterstadt gelegt hatte, wurde ich unter dem Namen „Christo-Junge“ bekannt.

Um zehn Uhr zwanzig fuhr der Central-Canada-Overland zum Bahnhof von Sacramento hinaus nach dem Osten, und dieser Zeitpunkt ist meinem Gedächtnis unvergänglich eingeprägt.

Wir waren etwa ein Dutzend, und wir standen in einer langen Reihe in der Dunkelheit vor dem Zug, zum Aufspringen bereit. Alle Bagabunden der ganzen Stadt waren gekommen, um uns abzufangen zu sehen oder uns — wenn es ihnen glückte — zu schmeißen. Das war für sie ein guter Witz und an vierzig von ihnen honden kompakt bereit da.

Der Anführer der Bande war ein echter, tüchtiger Bagabund, namens Bob. Sacramento war keine Vaterstadt, aber er war schon viel „fahraus“ und fast überall im ganzen Land gewesen. Er jogt Franzen-Charles und mich beiseite und gab uns einige gute Ratschläge, die eins so lauten: „Wir wollen versuchen, eure Bande zu schmeißen, verstanden?“ Ihr beiden seid Schwächlinge. Die anderen können selber sehen, wie sie fertig werden. Sobald ihr einen „Blinden“ erwählt habt, fließt ihr auf Deck, verstanden? Und ihr bleibt eben bei euch, bis ihr bei Roseville vorbei seid, denn dort fallen die Polizisten mit besonderem Vergnügen über jeden her, den sie

holpen oder ausgeplatteln — das war alles —, und die Räuber hatten das Weiterreise besorgt. Das war meine erste Bekanntschaft mit dem Schienennetz. Etwa zwei Jahre später traf ich Franzen-Charles wieder und behielt mir seine „Stümpe“. Es war einfache Höflichkeit. Krüppel mögen es ja gern, daß man ihre Stümpe besiebt.

Eine der amüsantesten Szenen des Bagabundenlebens ist eine Begegnung zwischen zwei Krüppeln. Ihre Gedanken sind ein ausgesuchter Unterhaltungstross; sie erzählen sich, wie es zugegangen ist, was sie von der Amputation wissen, zeigen sich herablassend über die Kerze und ziehen sich schließlich ein bisschen zurück, entfernen die verschiedenen Verbands- und Lappen und vergleichen die Stümpe.

Aber erst einige Zeit später, oben in Nevada, wo der Rest der Bande mich eingeholt, hatte ich von dem Unglück, das den Franzen-Charles betroffen hatte. Die Bande lebt einfach in trauriger Verfassung. Sie hatte ein Eisenbahnnungslück erlitten, das durch die Schneepflüge veranlaßt worden war; der „Luzifer“ war an Krücken mit gebrochenen Beinen, und alle anderen hatten mehr oder weniger ernste Schrammen und Quetschungen davongetragen.

Unterdessen lag ich auf dem Dach des Polizeiwagens und dachte darüber nach, ob Roseville, die Stadt, vor der Bob mich gewarnt hatte, die erste oder die zweite Station wäre. Um ganz sicher zu gehen, kletterte ich weder das erstmal noch das zweitmal, als der Zug holt, auf die Plattform hinauf. Und seltsam dann tat ich es noch nicht. Die Geschichte war ja neu für mich, und ich fühlte mich leichter, wo ich lag. Aber ich erfuhr die Bande nie, daß ich die ganze Nacht auf Deck geblieben und quer über die Sierra Nevada, durch Schneeschirme und Tunnel ganz bis nach Truckee auf der anderen Seite gefahren war, wo ich um sieben Uhr morgens ankam. Ich hätte mich nämlich blamieren und wäre von der ganzen Gesellschaft ausgelacht worden. Ich habe hier zum erstenmal gehandelt, wie es mit meiner ersten Reise über den „Hügel“ ging. Aber die Bande erklärte, ich konnte noch ganz gut werden, und als ich wieder über den „Hügel“ nach Sacramento zurückkam, galt ich als „fertiger“ Bagabund.

(Fortsetzung folgt)

F

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Dresden und Umgegend

F

FAHRRADHAUS
Artur Menzel jun.
 Dresden-Neustadt, Hechtstraße 38
 Günstige Teilzahlung 26674

Theilbar Tellel aller Arbeiter, Sportler
 und Steiger
 Bischofsweg 16
 Telephone 51288
 26678

Varieté u. Lichtspiele
DEUTSCHER KAISER
 Leipziger Str. 112 26676

Drogerie Hugo Kästner
 empfiehlt
 Drogen, Farben, Lacke in bester
 Qualität
 Görlitzer Straße 30 26646

Reformbetten, Holzbetten, Kinder-
betten, Matratzen, fertige Betten
„DRESDENIA“
 Neustädter Markt 2 26694

Hommel's
Schokoladenhaus
 Ecke Torgauer- und Bürgerstraße
 Telephone 26428 26691

R. Thomische
 Moltkestraße 56
 Schuhreparatur
 Schuhwaren 26748

PAULTRONICKE
 Holz — Kohlen
 Briketts — Koks
 Leipziger Str. 161
 Telephone 56110 26754

Sport-u. Trikotagen-Kaden

COSCHÜTZ b. DRESDEN

Max Nitzsche, Textil- und Modewaren

FREITAL-DEUBEN

J. Dörrer, Freital, Nähe „Sächsischer Wolf“
 Größtes und ältestes Spezialgeschäft
 für Herren- und Knabenbekleidung

FREITAL-DÖHLEN

Streichst Du was mit Farbe an,
 Kauf' sie nur bei **Uhlemann!**
 Dresdener Straße 26754

GEORG FRITSCHE
 PLEISCH- UND WURSTWAREN
 Untere Dresdener Straße 26684

OPTIKER BURGHAUS
 Gegenüber dem Steuerbeamte 26693

HERMANN HAUPTMANN
 LEBENSMITTEL
 Jeden Dienstag Schlachtfest 26694

Zimmermann & Müller Fleisch- u. Frischkäsehandlung
 Untere Dresdener Straße 320 Telephone 657 26693

FREITAL-NIEDERHASSLICH
 C.G. Herrmann, Nachtl. Schützold
 Kolonialwaren — Drogen 26740

A. ERHARD, Polentalstraße
 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 27457

Ernst Walther
 Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte
 Polentalstraße 80 27468

HANS NEUBERT, Polentalstraße 43
 Feine Fleisch- und Wurstwaren 26744

GASTHOF POISENTAL
 Schönste Tanzstätte der Umgegend
 Jedes Sonntag selber Ball
 Angemessener Familienausflug 27463

Es empfiehlt sich
 Ernst Walther, Fleischereistr., Polentalstraße 80
 27465

WEIXDORF b. Dresden

Baxbrassell, Weixdorf b. Dresden, Königsbrücke
 Straße, Fahrradhändlung und Installation 26679

Max Beyer
Fleisch- u. Wurstwaren
 Königsbrücke Straße 26682

ARTUR POPP
 Bäckerei
 Weixdorf b. Dr., Königsbrücke Straße 26683

Hermann Schneider
 Kohlen, Holz, Kies aller Art
 26684

„Hausrat“

Lichtspieltheater und Varieté-Bühne „Goldenes Lamm“
 jeden Dienstag und Freitag Programmwechsel
 Sonntags große Kindervorstellung
 Beginn: Wochentags 6 und 1/2 Uhr, Sonntags 4, 6 und 1/2 Uhr

26783

Restaurant Königswald

empfiehlt seine Lokalitäten
 mit Kegelbahn, / Tel. 23344
 Inhaber: Franz Kutter
 26677

E. HANTZSCHEL

Bürgerstraße 28
 Seifen, Spielwaren, Lederwaren, 5% Rab.
 26692

Paul Kauter

Bürgerstraße 21
 Lebensmittel und eigene Bauschärferei
 26693

DRESDEN-MICKTEN

Gasthof Mickten

Bier- und Speiselokal
 Stehbierhalle und Vereinszimmer
 Leipziger Straße 170 26698

DR-TRACHAU

Oskar Ruhtz
 Hüte, Mützen und
 Herrenartikel
 Leipziger Str. 153
 Gewinne 5% Rabatt
 26692

Max Kost

Neueste Schabinen
 Farben, Lacke, Pinsel
 Kolonialw., Wein, Tabak
 Zigaretten, Spirituosen
 Beckensteinstraße 23
 26691

Rich. Mohn

An der Weidritz 5
 Fleisch-
 u. Wurstwaren
 26748

DOHLEN

Dampfwascherei
 u. Plättanstalt
 M. Kießling

Döhlen, Rote Schule

Annahmestelle :
 Potschappel, Weinhof, Markt 6

Dresden: Rahlwiese-
 anstalt Nöller (Fortuna) 26685

Döhlener Hof

zur Roten Schänke

KARL HASCHKE
 Untere Dresdener Straße 124
 26695

H. A. Pöllmann

MUSIK-
 INSTRUMENTE

Harmonikas, Laute

Gitarren, Mandolinen,
 Streichinstrumente etc.

FREITAL-ZAUCKERODE

C.Z. Cafe Zimmermann

Bäckerei/Konditorei
 26682

Max Kühnel

Colonialwaren, Spirituosen
 Weine, Rauchwaren, Farben
 26690

HOLZ, KIEHLING, FLEISCH- u. WURSTWAREN

RICHARD MULLER

Burgwirstraße 108
 26687

EMIL PRETZSCH

MALERMEISTER

Verkauf von Öl- und Lackfarben
 26678

Friedr. Kießling, Fleisch- u. Wurstwaren

Saalsausener Straße 1
 26686

WEIXDORF

Medizinal-Kreuz-Drogerie

O. K. Herold

Kolonialwaren

E. verw. Herold
 26720

Emilu. Alfred Friedemann

Fleisch- und Wurstwaren

Weixdorf b. Dresden
 26680

Max Müller

Königsbrücke Straße

Kolonialwaren — Delikatessen

Jeden Freitag: Schlachttag
 26683

Max Sternberger

Königsbrücke Straße

Manufaktur-, Weiß- u. Wollwaren
 26684

DRESDEN-NEUSTADT

Möbel auf Zeitzahlung

Gemeinnützige
 Möbelverförgung S. m. b. D.
 zu Dresden am Markt 8
 Bittau Reutstadt 26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724

26724